

**Geänderter
Konzernabschluss
zum
31. Dezember 2006
der
LVV Leipziger Versorgungs-
und Verkehrsgesellschaft
mbH, Leipzig**

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2006

Vorbemerkung

Im Dezember 2009 wurde durch eine Untersuchung bei dem Tochterunternehmen KWL die Existenz so genannter Credit Default Swaps (CDS) und insbesondere Collateralized Debt Obligations (CDO) aus den Jahren seit 2006 aufgedeckt. Die von der LVV und dem Mitgesellschafter Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land (ZV WALL) in Auftrag gegebene Untersuchung ergab weiterhin, dass die betreffenden Finanztransaktionen von der damaligen Geschäftsführung der KWL an allen Gremien des Unternehmens und der Gesellschafter sowie am Rechnungs- und Finanzwesen der KWL vorbei getätigt worden waren. Diese Ergebnisse führten im Januar 2010 zur fristlosen Entlassung der bisherigen Geschäftsführer. Zur Sicherstellung der Stabilität und Geschäftsfähigkeit der KWL wurden Volkmar Müller und Rainer Prigge als neue Geschäftsführer der KWL berufen.

Im Rechnungswesen der KWL und damit im Konzernabschluss für 2006 wurden die CDS-/CDO-Transaktionen sowie damit in Zusammenhang stehende Provisionszahlungen (13,2 Mio. €) nicht erfasst. Darüber hinaus wurden Aufwendungen aus einem in 2005 abgeschlossenen UK-Cross-Border-Leasing-Geschäft sowie erhaltene Prämien für eine in Zusammenhang damit übernommene Kreditversicherung nicht erfasst. Aus diesen Gründen ist der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 der KWL nichtig. In der Folge ist auch der Jahresabschluss der LVV zum 31. Dezember 2006 nichtig.

Die CDS-/CDO-Transaktionen und die Folgewirkungen wurden daher in geänderten Jahresabschlüssen von KWL und LVV und folglich einem geänderten Konzernabschluss der LVV erfasst.

Mit Blick auf die CDO-Geschäfte weist die KWL und damit der LVV-Konzern die erhaltenen Einzahlungen als Verbindlichkeiten in Höhe von 25,4 Mio. € aus (Herausgabeanspruch). Dies entspricht der Höhe der geflossenen Prämienzahlungen.

KWL und LVV gehen aus heutiger Sicht von der Nichtigkeit der betreffenden Verträge sowie von einer Abwehr sämtlicher Forderungen aus diesen Transaktionen auf juristischem Wege aus. Dabei stützt sich die Gesellschaft auf die Stellungnahme ihrer Rechtsanwälte, die überwiegende Erfolgsaussichten trotz bestehender theoretischer Prozessrisiken sieht. Aus diesem Grund war die Bildung einer Drohverlustrückstellung nicht erforderlich.

Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Konjunkturaufschwung hat sich 2006 weiter fortgesetzt und führte im Euro-Raum zu einem Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes um + 2,6 % (Vorjahr: + 1,4 %). Deutschland lag mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsproduktes um + 2,5 % (Vorjahr: 0,9 %) an der Spitze der Euro-Länder. Das deutsche Wirtschaftswachstum war insbesondere von einem Anstieg der Anlagen- und Bauinvestitionen sowie der privaten Konsumausgaben gekennzeichnet, der auch einen erhöhten Energiebedarf zur Folge hatte.

In den ersten 8 Monaten des Jahres 2006 war eine weitere Verteuerung des Primärenergieträgers Rohöl zu verzeichnen. Die an den Ölpreis gekoppelten Gaspreise reflektierten diese Entwicklung.

Auf dem Großhandelsmarkt für Strom waren 2006 durch die heizölpreisbedingt stark gestiegenen Brennstoffkosten ebenfalls Rekordpreise zu verzeichnen.

In der Bundesrepublik wurden 2005 mit dem neuen Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) wesentlich veränderte energiewirtschaftsrechtliche Rahmenbedingungen festgelegt. Das EnWG verpflichtet die Gas- und Stromversorgungsunternehmen zur Entflechtung von Netz- und Vertriebsgeschäft. Der Netzzugang sowie die Entgelte für die Netznutzung werden durch Verordnungen geregelt und von der Bundesnetzagentur überwacht.

Die geplante Anreizregulierung bei Strom- und Gasnetzen wird nunmehr voraussichtlich erst zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Dies geht aus einem Eckpunktepapier des Bundeswirtschaftsministeriums vom 13. Dezember 2006 hervor. Ziel der Anreizregulierung ist es, die Kosten des Netzbetriebes weiter zu senken.

Der polnische Energiemarkt bereitete sich auch 2006 auf die geplante vollständige Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte vor. Der polnische Fernwärmemarkt unterlag im Geschäftsjahr weiterhin der staatlichen Regulierung, jedoch ermöglichte die Energierechtsnovelle 2005 zusammen mit den Ausführungsverordnungen 2006 die schrittweise Berücksichtigung einer Verzinsung des eingesetzten Kapitals in den Tarifen.

Das Europäische Parlament hat am 10. Mai 2007 den Vorschlag einer EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße beschlossen. Gemeinsam mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) aus dem Jahr 2003 in Sachen „Altmark Trans“ übt die Verordnung nach ihrer Inkraftsetzung einen erheblichen Einfluss auf die zukünftige Gestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) aus.

Die Novellierung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) wurde durch eine weitere Anpassung des Gesellschaftsvertrages der LVV berücksichtigt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates angepasst. Zur Konkretisierung der im Gesellschaftsvertrag aufgenommenen unbestimmten Rechtsbegriffe hat die Gesellschaft den Katalog der Informations- und Zustimmungsrechte der Organe der Gesellschaft überarbeitet. Er trat mit Gesellschafterbeschluss vom 25. Januar 2007 in Kraft.

Die Anpassung der Gesellschaftsverträge der Tochtergesellschaften an die SächsGemO wurde 2006 weitergeführt. Sie wird 2007 abgeschlossen und führt zu einer Stärkung der Stellung des Gesellschafters.

2006 wurde ein Verhaltenskodex der LVV-Gruppe für Geschäftsführer und leitende Angestellte beschlossen und für die LVV GmbH in Kraft gesetzt. Auf eine entsprechende Berücksichtigung der Grundsätze des Verhaltenskodex durch die Geschäftsführer und leitenden Angestellten der gesamten LVV-Gruppe wird hingewirkt.

Geschäftsverlauf und Ergebnisentwicklung Umsatz- und Ertragsentwicklung

Trotz schwierigen Umfelds konnten die Unternehmen des LVV-Konzerns ihre Marktpositionen behaupten. Belastungen der Ertragsentwicklung ergaben sich infolge der Sondereffekte aus den CDS-/CDO-Transaktionen der KWL.

Der Konzernumsatz hat sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2005 um 739 Mio. € erhöht und stieg damit auf 2.072 Mio. €.

Eine beachtliche Geschäftsausweitung von 666 Mio. € verzeichnete der Energiegroßhandel. Der Umsatzanstieg im Energiegroßhandel war im Wesentlichen auf stark gestiegene Großhandelspreise sowie ein höheres physisches Handelsvolumen im Börsen- und OTC-Terminhandel bei zunehmender Marktliquidität zurückzuführen. Im Stromeinzelhandel resultierte der Umsatzanstieg überwiegend aus einer erfolgreichen Akquisition von

mittelständischen Geschäfts- bzw. Großkunden.

Der Gas- und Fernwärmeeinzelhandel verzeichnete einen Umsatzzuwachs von 26 Mio. €, der vor allem auf notwendige sowie teilweise zeitverzögerte Preisanpassungen infolge ölpreisbedingt gestiegener Bezugskosten 2005/2006 zurückzuführen war.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasverkauf an die EuKG lagen mit 42 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres.

Der geringe Mengenanstieg beim Trinkwasserabsatz durch den trockenen und heißen Sommer sowie durch die Fußballweltmeisterschaft in Leipzig kommt in der Umsatzentwicklung nicht zum Ausdruck. Dies ist bedingt durch Wasserzählerumbauten und den damit einhergehenden Rückgang der Umsatzerlöse aus Grundpreisen. Der Gesamtumsatz im Berichtsjahr reduzierte sich zum Vorjahr um ca. 0,8 %.

Die Umsatzerlöse im Linienverkehr haben sich einschl. der Ausgleichszahlungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie nach Sozialgesetzbuch IX (SGB) um 2,7 Mio. € auf 72 Mio. € erhöht. Diese Entwicklung ist neben der höheren Anzahl der beförderten Fahrgäste auf die Anhebung der Tarife zum 1. August 2006 um durchschnittlich 5 % zurückzuführen. Die Anzahl der Fahrgäste erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 125 Mio.

Außenumsätze der Hauptsparten (T€)	2006	2005
Strom	1.427.838	680.034
Gas	136.252	125.929
Fernwärme	181.680	165.935
Wasserversorgung	63.550	63.736
Abwasserentsorgung	75.113	76.191
Linienverkehr	72.054	69.365

Im Geschäftsjahr 2006 weist der LVV-Konzern einen Konzernjahresfehlbetrag in Höhe von 43,3 Mio. € aus. Dieses Ergebnis ist vor allem auf folgende Faktoren zurückzuführen:

Die Erhöhung der Abschreibungen (ohne Finanzanlagen und Wertpapiere) um 10,4 Mio. € ist im Wesentlichen auf die höhere Abschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts (33,3 Mio. €) zurückzuführen. Die Abschreibungen auf den Geschäfts- und Firmenwert enthalten auch die Abschreibungen des durch die Eliminierung der Neubewertungsrücklage der GPEC und STAR-PEC gebildeten Firmenwertes in Höhe von 7,7 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2006 entstanden Zinsaufwendungen für das Gesellschafterdarlehen in Höhe von 15,4 Mio. €. Die Stadt Leipzig übernahm in dieser Höhe die Finanzierung von Infrastrukturkosten der LVB gemäß § 2 VLFV durch Kapitaleinlage.

Aus den CDS-/CDO-Transaktionen der KWL resultieren Sondereffekte aus Provisionszahlungen in Höhe von 13,2 Mio. €

Abzüglich des Gewinns, der anderen Gesellschaftern zuzurechnen ist, in Höhe von 4,6 Mio. € und zuzüglich der Entnahme aus der Kapitalrücklage (10,3 Mio. €) ergibt sich unter Berücksichtigung des Konzernverlustvortrags ein Konzernbilanzverlust von 128,5 Mio. €.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme des LVV-Konzerns ist gegenüber dem Vorjahr um 83,5 Mio. € gestiegen.

Aufgrund der Erstkonsolidierung der GNL und der wieder etwas ansteigenden Investitionstätigkeit erhöhte sich das Sachanlagevermögen des Konzerns um 163,1 Mio. €.

Die Veränderung der Finanzanlagen (- 52,9 Mio. €) ergibt sich im Wesentlichen aus dem Rückgang der sonstigen Ausleihungen aufgrund der Erstkonsolidierung der GNL KG und der Erhöhung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen (WABIO KG). Die bisher im Rahmen der Vollkonsolidierung im Konzernabschluss berücksichtigte WABIO KG wurde aufgrund der beabsichtigten Veräußerung von zunächst 46 % der Kommanditanteile zum 1. Januar 2006 entkonsolidiert.

Die Veränderungen im Umlaufvermögen beruhen hauptsächlich auf der Veräußerung von Wertpapieren zur Finanzierung des Anteilerwerbs der GNL (- 73 Mio. €) und höheren Bankguthaben (+ 50 Mio. €) infolge der Einbringung der Mittel aus der Neuaufnahme eines Schuldscheindarlehnens in den Cashpool (siehe Verbindlichkeiten).

Der Anstieg des Aktiven Rechnungsabgrenzungspostens beruht im Wesentlichen auf vorausbezahlten Mietaufwendungen im Zusammenhang mit einem UK-Cross-Border-Lease-Geschäft (4,2 Mio. €) sowie auf abgegrenzten Prämienzahlungen und Verwaltungsgebühren aus CDS-Transaktionen (2,9 Mio. €).

Die Erhöhung des Sonderpostens für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens ist u.a. auf Zuwendungen an die LVB für Infrastrukturleistungen im Zusammenhang mit der Fußball-WM (12,1 Mio. €) zurückzuführen.

Eine Zunahme der Verbindlichkeiten resultierte insbesondere aus der Neuaufnahme eines Schuldscheindarlehnens durch die SWL (+ 70 Mio. €). Diese Neuaufnahme diente teilweise zur geplanten Umschuldung von bestehenden kurzfristigen Krediten in eine langfristige Finanzierung. Darüber hinaus erfolgte die Neuaufnahme in Vorbereitung auf die Finanzierung künftiger Wachstumsinvestitionen. Weiterhin war ein Zugang von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus der Erstkonsolidierung der GNL (+ 29 Mio. €) zu verzeichnen.

Das von der Stadt Leipzig gewährte Darlehen zur Finanzierung des Erwerbs der Anteile der KWL und der SWL wurde in diesem Geschäftsjahr mit 13,0 Mio. € getilgt. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Stadt Leipzig betragen damit zum 31. Dezember 2006 243,8 Mio. €.

Die benötigten Finanzmittel wurden im Wesentlichen durch Darlehensaufnahmen und Gesellschaftereinlagen bereitgestellt. Außerdem trug das innerhalb des LVV-Verbundes bestehende Cash-Management zur Finanzierung und Ergebnissteigerung bei. Der Einsatz des integrierten Treasury-Systems ITS führt zu einer verbesserten Abbildung und Steuerung der Finanzaktivitäten und -risiken.

Investitionen

Die wesentlichen Anlageinvestitionen resultieren aus entsprechenden Aktivitäten der einzelnen Konzerngesellschaften.

Die Investitionen im Energiebereich enthalten überwiegend Investitionen in die Energieversorgung in Polen, Energie-nahe Dienstleistungen und Telekommunikation. Bei den

Investitionen in die Energieversorgung Polen handelte es sich im Wesentlichen um Investitionen in die Erneuerung und den Ausbau der Wärmenetze. Das Geschäft Energie- und Dienstleistungen investierte im Geschäftsjahr insbesondere in abschließende Investitionen für die Fertigstellung des Biomassekraftwerkes Bischofferode/Holungen.

Die Investitionen in das Mittel- und Niederspannungsstromnetz sowie in die Erneuerung eines Umspannwerkes tragen zu einer weiterhin hohen Versorgungssicherheit im Netzgebiet Leipzig bei.

Die Modernisierung von Kläranlagen und Wasserwerken sowie des Rohr- und Kanalnetzes wurde im Jahr 2006, den langfristigen Konzepten folgend, konsequent fortgesetzt und bestimmte die erheblichen Investitionsaufwendungen bei der KWL. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag auch in diesem Geschäftsjahr in der Abwasserbehandlung und der Abwasserableitung.

Investitionsschwerpunkte im Verkehrsbereich waren erhebliche Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen vor allem im Rahmen des Sofort-Programms zur Fußball-WM und in Niederflurgelenktriebwagen.

Beteiligungsaktivitäten

Im Hinblick auf die künftigen Anforderungen des neuen Energiewirtschaftsgesetzes erfolgte Ende 2006 der mehrheitliche Anteilserwerb an der GNL durch die SWL Kapitalvermögensverwaltungs GmbH, Leipzig (KVV). Zum 31. Dezember 2006 hielt die KVV Anteile an der GNL von 81,59 %.

Gemäß dem neuen Energiewirtschaftsgesetz sind Energieversorger dazu verpflichtet, die Bereiche Versorgung und Verteilung von Strom und Gas bis spätestens zum 1. Juli 2007 gesellschaftsrechtlich zu trennen. Mit Umfirmierung der GWK Gesellschaft für Kommunalwirtschaft mbH in die Stadtwerke Leipzig Netz GmbH und der Aufnahme der Geschäftstätigkeit zum 1. Januar 2007 wird die Stadtwerke Leipzig GmbH den gesetzlichen Anforderungen gerecht.

Im Dezember veräußerte die Stadtwerke Leipzig GmbH rückwirkend zum 1. Januar 2006 einen wesentlichen Aktienanteil an der KOM-STROM AG, Leipzig.

Im Jahr 2006 wurden die restlichen Anteile an der EastLink GmbH, Chemnitz, von der HLkomm Telekommunikations GmbH, Leipzig, erworben; das Unternehmen wurde rückwirkend zum 1. Januar 2006 auf die HLkomm verschmolzen.

Kapitalerhöhungen wurden seitens der SWL bei der Gdanskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdansk (GPEC) und der Zakład Energetyki Ciepłej „STAR-PEC“ Sp. z o.o., Starogard Gdanski (STAR-PEC) durchgeführt.

Seit Juli 2006 ist die Veräußerung eines Teilgeschäftsanteils von nominal 12.750,00 EUR (51 %) der Leoliner Fahrzeug-Bau Leipzig GmbH an die Kirow Leipzig KE Kranbau Eberswalde AG mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2006 rechtswirksam. Vor dem Hintergrund, dass die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH ihr Kerngeschäft im Öffentlichen Personennahverkehr und nicht im Schienenfahrzeugbau sieht, wird sie sich mittelfristig bis auf einen Minderheitsanteil von 10 % aus der Leoliner Fahrzeug-Bau Leipzig GmbH zurückziehen.

Finanzinstrumente

Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken werden Zins- und Devisenderivate abgeschlossen. Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Optionen, Forwards und Futures. Ihr Einsatz ist hinsichtlich Art, Umfang, Geschäftspartnern und weiteren Bedingungen durch eine Rahmenrichtlinie zum Finanz- und Finanzrisikomanagement und entsprechende Geschäfts-führungsbeschlüsse geregelt. Die Transaktionen orientieren sich jeweils an den Grundgeschäften.

Das innerhalb des Verbundes der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, bestehende Cash-Management-System wirkt sich weiterhin positiv aus. Die Optimierung des neuen Treasury-Management-Systems wurde 2006 fortgesetzt. Die täglichen Arbeitsprozesse im Finanzmanagement haben sich vereinfacht und beschleunigt. Informationen stehen ohne Doppelerfassung in verschiedenen Bereichen des integrierten Systems zur Verfügung.

In den Jahren seit 2006 wurden von den ehemaligen Geschäftsführern der KWL neben CDS-Geschäften auch CDO-Geschäfte mit Banken geschlossen. Mit den CDO-Geschäften übernahm die KWL gegenüber verschiedenen Banken – deren von der KWL angegriffene Wirksamkeit unterstellt – das Ausfallrisiko für Kreditportfolien. Die KWL gewährt dabei den Banken für den Fall des Eintritts bestimmter Kreditereignisse in einem CDO-Portfolio unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausgleichszahlung; hieraus ergeben sich erhebliche finanzielle und bilanzielle Risiken, die nach heutigem Kenntnisstand insgesamt 77 Mio. €, 116 Mio. USD sowie 120 Mio. GBP betragen.

Personalentwicklung/Personalstruktur

Die Mitarbeiterzahl im Kerngeschäft der drei großen Unternehmen SWL, LVB und KWL hat sich durch Umstrukturierungsprozesse und Geschäftsprozessoptimierung weiter verringert. Durch die insgesamt positive Entwicklung der ausgegründeten Gesellschaften und weiterer Beteiligungen wurde dieser Rückgang teilweise kompensiert.

Die im Konzernabschluss angegebene Mitarbeiterzahl für den Konzern LVV hat sich aufgrund der Erweiterung des Konsolidierungskreises gegenüber dem Geschäftsjahr 2005 erhöht.

Der Eintritt in neue sowie der Ausbau bestehender Geschäftsfelder erfordern Qualifikationen, die bei den betreffenden Beteiligungsunternehmen vorrangig über gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen abgedeckt werden. So wird den Mitarbeitern von den einzelnen Gesellschaften ein bereichsbezogenes und zielgruppenorientiertes Fort- und Weiterbildungsprogramm angeboten.

Die Unternehmen des LVV-Konzerns gehören zu den führenden Ausbildungsbetrieben der Region und bildeten auch im Geschäftsjahr 2006 über den eigenen Bedarf hinaus, darunter für andere Unternehmen der Leipziger Region, aus.

Risiko- und Chancenmanagement

In einem regelmäßigen Reporting werden anhand von Frühwarnindikatoren Veränderungen von Einzelrisiken des Risikoinventars erfasst und an die Konzerngeschäftsführung berichtet. Über neu erkannte Risiken wird umgehend berichtet. Sie werden nach entsprechender Bewertung und Festlegung von Gegenmaßnahmen bei Bedarf in das Reporting aufgenommen. Mit dem implementierten Risikomanagementsystem werden die Anforderungen des § 91 Abs.

2 Aktiengesetz (AktG) und § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) erfüllt. So werden die Sicherung des Unternehmensbestandes durch Früherkennung bestandsgefährdender Risiken gewährleistet und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Konzerns geschaffen.

Nach Anpassung des Risikoinventars der LVV im Jahr 2006 wird turnusmäßig im Jahr 2007 im Risikoausschuss der LVV-Gruppe das Risikoinventar der LVV überprüft und das Risikomanagementsystem ggf. überarbeitet.

Grundsätzlich ist das Risikomanagementsystem im LVV-Konzern geeignet, bestandsgefährdende Risiken bzw. die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen und effektiv zu steuern. Beim Abschluss der CDS-/CDO-Geschäfte wurden jedoch das interne Kontrollsystem und das Risikomanagementsystem der KWL durch die ehemalige Geschäftsführung der KWL umgangen. Die zuständigen Bereiche hatten nach jetzigem Kenntnisstand keine Informationen über die getätigten Finanzgeschäfte und deren Konsequenzen. Eine korrekte Einbeziehung der Geschäfte in das Rechnungs- und Finanzwesen sowie das Risikomanagementsystem war daher nicht möglich. In der Zwischenzeit sind die Risiken aus diesen Transaktionen erfasst und dokumentiert.

Um möglichen Risiken, die aus den vielfältigen steuerlichen, wettbewerbs-, kartell- und umweltrechtlichen Regelungen und Gesetzen entstehen können, zu begegnen, stützen sich die Geschäftsführungen in ihren Entscheidungen auf eine umfassende Beratung sowohl durch eigene Fachkräfte als auch durch ausgewiesene externe Berater.

Änderungen und Umsetzungsregelungen des EU-Rechts, der Steuergesetzgebung und der Gesetzgebung im Energie- und Verkehrsbereich, sich verschärfender Wettbewerb sowie der fortschreitende Klimawandel können die wirtschaftliche Entwicklung der Tochtergesellschaften beeinträchtigen. Ab 2008 werden höhere Steuerbelastungen als Folge von Maßnahmen der geplanten Unternehmensteuerreform erwartet. Diesen die Entwicklung ungünstig beeinflussenden Faktoren wird durch geeignete Maßnahmen entgegengewirkt.

Die aktuelle Risikolage im **Verkehrsbereich** wird durch folgende Sachverhalte charakterisiert:

1. Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 24. Juli 2003 in Sachen „Altmark Trans“
2. Verringerung der Finanzierung des ÖPNV in allen Komponenten.

Zu 1) Mit seinem Urteil hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) grundsätzlich entschieden, inwieweit Zahlungen der öffentlichen Hand an Verkehrsunternehmen einem verbotenen Beihilferegime unterliegen. Für die LVB ist es daher maßgeblich nachzuweisen, dass sie die im Urteil aufgestellten Bedingungen erfüllen. Die Erfüllung der Kriterien 1. bis 3. des EuGH ist Gegenstand eines aktuellen Projekts, dessen Ergebnisse im Juli 2007 vorliegen werden.

Zu 2) Neben den mit der Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 bereits beschlossenen und damit prognostizierbaren Kürzungen der Ausgleichszahlungen für den Ausbildungs- und Schülerverkehr nach § 45a PBefG sowie der Kürzung der GVFG-Fördermittel aufgrund des Regionalisierungsgesetzes wird es zu weiteren Kürzungen insbesondere der Zahlungen aus dem VLFV kommen. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Stadtratsbeschluss zum mittelfristigen Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009 vom 15. November 2006 sind Auswirkungen für die Unternehmen der LVV zu erwarten. Mit Bezug auf die vom Stadtrat beschlossene Teilprivatisierung der SWL und die Absicht einer Teilprivatisierung der LVV ab dem Jahr 2009 ist eine Konzeption zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierung des ÖPNV vorzulegen.

Im Plenum des Europäischen Parlaments wurde am 10. Mai 2007 der Vorschlag einer EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße beschlossen. Wesentlicher Regelungsgegenstand ist die Direktvergabe von Verkehrsleistungsaufträgen an so genannte „interne Betreiber“, unter bestimmten Voraussetzungen auch an solche mit privaten Mitgesellchaftern (ÖPP). Die Verordnung ermöglicht den Städten, die ein eigenes Verkehrsunternehmen besitzen, die örtlichen Straßenbahn- und Buslinien auszuschreiben. Eine Verpflichtung besteht aber nicht. Im Gegenzug dürfen sich die Verkehrsunternehmen erst dann um den Wettbewerb in anderen Städten bewerben, wenn auch im eigenen Netzgebiet eine Ausschreibung erfolgt. Es gilt als wahrscheinlich, dass der Rat und die Kommission diesem Votum des EP-Plenums folgen werden, so dass die Verordnung in der jetzt vorliegenden Fassung voraussichtlich in wenigen Monaten im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden wird. Sie tritt zwei Jahre danach in Kraft.

Im **Energiesektor** bestehen vor allem folgende potentielle Risiken:

Aus einem weltweit zu verzeichnenden Anstieg der Preise für Primärenergieträger ergeben sich Ergebnisrisiken für das Handelsgeschäft, da steigende Beschaffungskosten nicht immer zeitnah an die Endkunden weitergegeben werden können. Zur Risikobegrenzung wird die Kommunikation zum Kunden über Marktzusammenhänge verstärkt, um ein besseres Verständnis für die Notwendigkeit von Preisanpassungen zu ermöglichen. Aber auch umgekehrt belastet ein zwischenzeitlicher Preisverfall die Einzelhandelsaktivitäten der SWL, da sich bereits bevorratete Bezugsmengen am Markt als nicht zum Einkaufspreis absetzbar erweisen können. Die SWL trifft Maßnahmen, um die hieraus entstehenden Risiken weiter zu begrenzen.

In der Region Leipzig bestehen Fernwärmeabsatzrisiken aus dem Stadtumbau Ost. Um diesem Risiko entgegenzuwirken, werden im Rahmen der Möglichkeiten gezielte Kundenbindungsmaßnahmen durchgeführt. Darüber hinaus bewirkt der sich abzeichnende Rückgang des Durchschnittspreises für leichtes Heizöl im relevanten Zeitraum über Preisbildungsklauseln niedrigere Ergebniserwartungen aus Fernwärmeabsatz im Folgejahr.

Der gesamte (mittel- und nord)europäische Wärmemarkt (Fernwärme, Gas) wird durch die derzeit festzustellende überdurchschnittlich warme Witterungslage im 1. Quartal 2007 in Europa negativ ertragsmäßig belastet.

Durch die energiewirtschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen besteht im Netzgebiet Leipzig das Risiko einer Margenreduzierung. Diesem Risiko begegnet das Tochterunternehmen mit einer Verstärkung der Handelsaktivitäten außerhalb Leipzigs.

Im Großhandel bestehen insbesondere Marktpreis- und Ausfallrisiken. Die SWL GmbH begegnet diesen Risiken mit einem unabhängigen, auf den Großhandel zugeschnittenen Risikomanagementsystem. Aus einer zunehmenden Marktdynamik und weiteren Marktteilnehmern können Wettbewerbsrisiken in Form von Absatzverlusten und erhöhtem Preisdruck resultieren. Den Risiken begegnet die SWL mit einer Kundenbindungsstrategie.

Mit Wirkung zum 1. April 2007 hat die BNetzA vorgegeben, dass die Stromnetzentgelte in Leipzig um durchschnittlich 13 % sinken sollen. Dies wird über eine Preissenkung an die Kunden weitergegeben. Der Antrag der SWL bei der Landesregulierungsbehörde auf Genehmigung des Netzentgeltes für Gas wurde bisher noch nicht beschieden. Die Auswirkungen auf die Höhe des künftigen Netznutzungsentgeltes Gas und somit auf die Erlöse der SWL in Netz und Handel sind daher nur unzureichend abschätzbar. Auf Basis des Ergebnisabführungsvertrages mit der 2006 neu gegründeten Stadtwerke Leipzig Netz GmbH besteht für die Stadtwerke Leipzig GmbH auch künftig ein Ergebnisrisiko aus einer Netzentgeltsenkung. Es ist davon auszugehen, dass mit Inkrafttreten der Anreizregulierung voraussichtlich ab 2009 ein weiterer verstärkter Preisdruck auf die Netzentgelte entsteht.

Diesem Ergebnisrisiko wird mit der Fortführung von Kostensenkungs- und Effizienzverbesserungsprogrammen unter Berücksichtigung einer angemessenen Versorgungssicherheit sowie einem konsequenten Aufbau des Regulierungsmanagements entgegengewirkt.

Die geplanten Neuinvestitionen in Erzeugungsanlagen zur Stärkung der Marktposition und Eigenständigkeit im Beschaffungsmarkt können realisiert werden, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere Energieträgerkosten, hierfür erhalten bleiben. Bei einigen Projekten kann es zeitliche Verzögerungen mit entsprechenden wirtschaftlichen Auswirkungen geben.

Einem Ausfallrisiko aus ausgereichten Darlehen an Tochtergesellschaften begegnet die SWL mit einer systematischen Überwachung der Liquiditäts- und Ergebnisentwicklung bei den Töchtern. Weitere Controllingmechanismen sollen aufgebaut werden, um Risiken zu begrenzen.

Die Beteiligung WABIO KG hat sich nicht erwartungsgemäß entwickelt; die Anlage Bad Köstritz hat die Produktion nicht im geplanten Maß aufgenommen. Es bestehen gravierende technische Herausforderungen bei der Realisierung eines integrierten Gesamtsystems der verschiedenen zum Teil bereits funktionierenden Einzelanlagen. Die SWL führte Verhandlungen mit den Mitgesellschaftern der WABIO KG, um eine langfristig ausgerichtete und stabile Gesellschafterstruktur zu sichern. In Erwartung der Einigung mit den Mitgesellschaftern hat sich die Stadtwerke Leipzig GmbH zu Beginn des Jahres 2007 dazu entschlossen, zur Liquiditätssicherung die Forderungen klein- und mittelständischer Lieferanten gegenüber der WABIO KG zu erwerben. Die Geschäftsführung der Stadtwerke Leipzig hat sich nach weiterer Abwägung der vorhandenen Risiken und Chancen im Mai 2007 dazu entschieden, ihr Engagement beim Bau des Biomassekraftwerkes in Bad Köstritz (WABIO KG) nicht fortzuführen. Die SWL beabsichtigt die Veräußerung von zunächst 46 % der Kommanditanteile an die Re.fuel AG. Die Re.fuel AG erhält die Option, bis Ende 2011 die restlichen Anteile der Stadtwerke zu übernehmen. Der Ausstieg aus dem Engagement hat zur Folge, dass Ergebnisbeiträge und Beschäftigungsperspektiven aus der Pilotanlage und den geplanten Folgeprojekten nicht gewährleistet sind.

Das Großprojekt zur Einführung eines Netzinformationssystems (NIS) bei der Bewag in Berlin prägte wie bereits in den Vorjahren die Tätigkeit der SWL-Tochter SHH GmbH SystemHaus Hemminger durch eine hohe Ressourcenbindung. Im Geschäftsjahr 2006 realisierte die SHH wesentliche Teilprojekte und bereitete damit den für 2007 geplanten Projektabschluss vor. Infolge der positiven Entwicklung ist die bilanzielle Überschuldung beseitigt, und die Liquiditätssituation der SHH hat sich gegenüber der Planung entspannt.

Die KWL gewährt mit den durch die ehemalige Geschäftsführung abgeschlossenen CDO-Transaktionen den Banken für den Fall des Eintritts bestimmter Kreditereignisse in einem CDO-Portfolio unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausgleichszahlung; hieraus ergeben sich erhebliche finanzielle und bilanzielle Risiken, die nach heutigem Kenntnisstand insgesamt 77 Mio. €, 116 Mio. USD sowie 120 Mio. GBP betragen.

Nach Konsultationen mit den die KWL vertretenden Anwälten, der Geschäftsführung der KWL sowie der Stadt Leipzig bewertet die LVV die CDO-Verträge aus heutiger Sicht als nichtig. Am 26. Februar 2010 hat die KWL Klage gegen die beteiligten Banken eingereicht, mit dem Ziel der Feststellung der Nichtigkeit dieser Verträge. Eine Klageerwiderung liegt bisher nicht vor. Nach Einschätzung der die KWL vertretenden deutschen Anwälte bestehen überwiegende Erfolgsaussichten für die Rechtsverteidigung der KWL gegen eine drohende Inanspruchnahme aus den CDOs, ungeachtet eines nicht auszuschließenden Prozessrisikos, das theoretisch in einem drohenden Verlust in Höhe von maximal 290 Mio. € bestehen würde. In der Folge dieser Einschätzung hat der LVV-Konzern keine Drohverlustrückstellung in Höhe dieses Risikos

gebildet. Stattdessen weist der Konzern im Konzernabschluss die erhaltenen Einzahlungen als Verbindlichkeit in Höhe von 25,4 Mio. € aus (Herausgabeanspruch).

Vor diesem Hintergrund geht die LVV trotz des möglichen Gesamtrisikos davon aus, dass diese Geschäfte den Fortbestand des Konzerns nicht gefährden können. Darüber hinaus ist die LVV durch die von der Ratsversammlung beschlossene Kapitalausstattungsvereinbarung zwischen der Stadt Leipzig und der LVV im Falle eines Unterliegens vor Gericht abgesichert. Hierfür wurde durch die Stadt Leipzig das Genehmigungsverfahren bei der Rechtsaufsichtsbehörde eingeleitet. Die Geschäftsführung der LVV geht davon aus, dass es positiv beschieden wird.

In der Kapitalausstattungsvereinbarung verpflichtet sich die Stadt Leipzig gegenüber der LVV, diese auf Anfordern der LVV unter bestimmten Voraussetzungen binnen zwei Wochen mit bis zu 290 Mio. € Kapital auszustatten, maximal jedoch in Höhe der allein aus den CDO-Geschäften der KWL herrührenden Belastungen. Die Kapitalausstattung erfolgt nur dann, wenn die LVV ihrer Verlustausgleichsverpflichtung für den Anteil des im Jahresabschluss 2009 der KWL ausgewiesenen Verlustes aus den CDO Geschäften in bar nachkommen muss oder die KWL aus den CDO-Geschäften in Anspruch genommen wird und sie diese Inanspruchnahme nicht aus eigenen Mitteln begleichen kann.

Bis zum Zeitpunkt der Berichtslegung sind Zahlungsaufforderungen bei der KWL in Höhe von rund 55 Mio. GBP der UBS AG, London Branche sowie rund 33 Mio. USD der DEPFA Bank plc eingegangen. Im Mai 2010 gingen Zahlungsaufforderungen in Höhe von rund 45 Mio. GBP der UBS AG, London Branche ein. Die Forderungen werden durch die KWL nicht bezahlt. Eine Zahlungsverweigerung kann dazu führen, dass seitens der fordernden Bank sämtliche aus den CDO-Geschäften resultierenden Verpflichtungen der KWL sofort zur Zahlung fällig gestellt werden. So stellte die DEPFA Bank plc im Mai 2010 den Gesamtbetrag ihrer Forderungen in Höhe von rund 116 Mio. USD fällig.

Die Überprüfung der aktuellen Risikosituation in Verbindung mit einer längerfristigen Planungsrechnung ergab, dass im Jahr 2006 keine den Fortbestand des Konzerns gefährdenden Risiken bestanden haben und auch für die Zukunft bestandsgefährdende Risiken nicht erkennbar sind. Auch die CDO-Transaktionen stellen aus Sicht der Geschäftsführung keine bestandsgefährdenden Risiken dar.

Zukünftige Geschäftsentwicklung

Die bevorstehenden Jahre bringen durch zunehmenden Wettbewerb, Globalisierung auch in den angestammten Märkten, Konsolidierungsanforderungen an den Haushalt der Stadt Leipzig und den weiterhin hohen Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf große Herausforderungen für die LVV-Unternehmen mit sich.

Für die Jahre 2007 und 2008 wird trotz anhaltend hoher Rohölpreise sowie voraussichtlich steigender Leitzinsen ein weiteres internationales Wirtschaftswachstum erwartet.

Die deutsche Energiewirtschaft erwartet die Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes für 2007 und des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes für 2008. Energiepolitisch werden ein weiterer Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Kraft-Wärme-Kopplung und damit eine weitere deutliche Erhöhung der Energieeffizienz angestrebt.

Die geplante Anreizregulierung bei Strom- und Gasnetzen wird voraussichtlich zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Ziel der Anreizregulierung ist es, die Kosten des Netzbetriebes zu senken.

In Polen werden für 2007 notwendige Entscheidungen der Regierung und des Parlaments zur zukünftigen Struktur des immer noch größtenteils staatlichen Energiesektors erwartet. Ebenso

steht die vollständige Neuregelung des polnischen Energierechts, unabhängig von der nach wie vor notwendigen Anpassung an das EU-Recht, an.

Mit der Gesellschafterin Stadt Leipzig werden gegenwärtig Zielvorgaben präzisiert, die damit verbundenen Chancen und Optionen umfassend geprüft und die weitere strategische Ausrichtung der LVV diskutiert.

Chancen für die weitere Entwicklung des Konzerns sieht die Geschäftsführung vor allem in der Vertiefung der Zusammenarbeit der Konzernunternehmen, der Gewinnung strategischer Partner und der Optimierung der Konzernstruktur zur Erschließung weiteren Synergie- und Effizienzpotentials. Soweit dies dazu beiträgt, ist auch die Übernahme weiterer kommunaler Dienstleistungen möglich. Darüber hinaus werden die Maßnahmen zur Optimierung der Geschäftsprozesse in den Tochterunternehmen der LVV fortgesetzt. Die steuerliche Optimierung wird entsprechend der Rechtsentwicklung weitergeführt.

Die SWL verfolgt die strategische Zielsetzung, als eigenständiger, spezialisierter Energiedienstleister in Leipzig, Deutschland und Mitteleuropa auf Basis effizienter Prozesse rentabel zu wachsen und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Stadt Leipzig. Die Strategie berücksichtigt die künftige Entwicklung der Energie- und Dienstleistungsmärkte und konzentriert sich auf Wachstumssegmente, die langfristig Beiträge zum nachhaltigen Erfolg des Konzerns leisten sollen.

Hinsichtlich der Realisierung der Strategie des Public-Private-Partnership auf der Ebene der Tochterunternehmen der LVB wurden im Geschäftsjahr 2006 Gespräche zur Teilprivatisierung der Betreibergesellschaften Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH & Co. KG und LeoBus GmbH mit potentiellen, privaten Partnern geführt. Über die Teilprivatisierung der vorgenannten Gesellschaften wird im Geschäftsjahr 2007 zu entscheiden sein. Der Realisierung des Liegenschaftskonzeptes, vor allem dem Projekt „Technisches Zentrum Heiterblick“, kommt weiterhin große Bedeutung zu. Ziel ist es, das vorgenannte Projekt zur Ausschreibung zu führen. Im Zuge der Umsetzung des Fahrzeugkonzeptes wird mit der Inbetriebnahme von weiteren zwölf Niederflurgelenkfahrzeugen des Typs NGT W 6 „Leoliner“ und der letzten acht Niederflurgelenkfahrzeuge des Typs NGT 12 Classic XXL sowie dem Einsatz neuer Omnibusse des Typs Solaris im Geschäftsjahr 2007 der Fuhrpark der LVB weiter verjüngt und der Niederfluranteil erhöht.

Die KWL wird die Position des Unternehmens als kompetenter Wasser- und Abwasserdienstleister weiter ausbauen. Lag der Fokus 2006 auf der Präzisierung der Strategie und der Überarbeitung wesentlicher Prozesse, so liegt der Schwerpunkt für 2007 und Folgejahre auf der ganzheitlichen Umsetzung der Strategie. Dass die KWL-Strategie des regionalen Wachstums attraktiv ist, zeigen viele Interessensbekundungen von Wasserver- und -entsorgern aus dem Leipziger Umland, in Zukunft mit der KWL enger zusammenzuarbeiten.

Umweltschutz und Qualitätssicherung

Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH hat auf dem Weltkongress des Internationalen Verbandes für öffentliches Verkehrswesen (UITP) in Rom, der im Juni 2005 stattfand, die Charta für eine nachhaltige Entwicklung unterzeichnet. Damit hat sich die LVB verpflichtet, die in der Charta niedergelegten Umweltkriterien und -ziele einzuhalten. Der UITP seinerseits wird die nachhaltige Entwicklung der LVB regelmäßig kontrollieren.

Als konkreten Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der gegenwärtigen Umweltsituation wird die LVB der Stadt Leipzig in Kürze den Abschluss eines Umweltpaktes anbieten. Im Nachhaltigkeitsbericht der LVB, der die bisher separat publizierten Umwelt- sowie Personal- und Sozialberichte zusammenführt, werden die realisierten Leistungen dargestellt.

Die KWL erhielt als bundesweit drittes Unternehmen Zertifizierungen für erstklassiges Wasser- und Abwassersicherheitsmanagement in Form des Siegels des Technischen Sicherheitsmanagements (TSM) der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) und des entsprechenden Siegels der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA). Zur dauerhaften Sicherung der Trinkwassergüte wurden zwischen der KWL und den Gesundheitsämtern Maßnahmenpläne abgeschlossen, die durch die Gesundheitsämter kontrolliert und überwacht werden.

Die Stadtwerke Leipzig GmbH verfügt über ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem gemäß der EU-Verordnung EMAS II (eco-management and audit scheme) und der Norm DIN EN ISO 14001. Im Jahr 2006 wurde der SWL durch das jährliche Überwachungsaudit des TÜV Süddeutschland erneut die Einhaltung der umweltrechtlichen Bestimmungen sowie die Umsetzung des Umweltprogramms bestätigt.

Eine nachhaltige und umweltschonende Energieversorgung nimmt bei der Stadtwerke Leipzig GmbH einen wichtigen Stellenwert ein. Auf allen Ebenen des Unternehmens existieren konkrete Ziele und Verhaltensregeln zur Umsetzung des Umweltschutzgedankens. Investitionsentscheidungen werden immer auch unter dem Aspekt des Umweltschutzes getroffen. Dies zeigt sich insbesondere im Engagement der Stadtwerke bei der Nutzung von Biomasse und Kraft-Wärme-Kopplung.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Für eine grundlegende Reform der Holding-Struktur hat der Aufsichtsrat der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH die bisher praktizierte Personalunion von Geschäftsführern der LVV und Geschäftsführern von Töchtern der LVV (Stadtwerke Leipzig, Leipziger Verkehrsbetriebe und Kommunale Wasserwerke) aufgegeben.

Die klare Trennung der Verantwortlichkeiten soll künftig stärker eine an den eigentümergeprägten Zielen orientierte Führung der städtischen Holding ermöglichen. Diese Strategie folgt dem Auftrag des Stadtrates vom 15. November 2006 an den Oberbürgermeister, eine Konzeption zur Stärkung des LVV-Konzerns, insbesondere im Hinblick auf Steuerungs- und Managementfunktionen, vorzulegen.

Der Aufsichtsrat verständigte sich auf personelle Übergangslösungen. So wurden ab 1. Mai 2007 zwei nebenamtliche Geschäftsführer, Herr Volker Auerhammer und Herr Michael M. Theis, an die Seite von Dr. Hans-Joachim Klein, Vorsitzender der LVV-Geschäftsführung, gestellt. Die bisherigen nebenamtlichen Geschäftsführer Herr Wolfgang Wille, Herr Wilhelm Georg Hanss und Herr Dr. Schirmer sind ausgeschieden.

Mit Veröffentlichung einer Anzeige hat die LVV am 23. April 2007 ein internationales Bieterverfahren zum Verkauf von bis zu 49,9 % der Anteile an den Stadtwerken Leipzig GmbH gestartet. Die endgültige Privatisierungsentscheidung bleibt einer Entscheidung der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vorbehalten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres betreffen daneben das Bekanntwerden der CDS-/CDO-Transaktionen der KWL und die daraus resultierenden Änderungen des Konzernabschlusses.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres, die nicht bereits im Konzernabschluss 2006 sowie im Konzernlagebericht 2006 Erwähnung fanden, sind nicht zu verzeichnen.

Leipzig, den 11. Juni 2007 / 7. Juni 2010

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2006

Aktiva

	31.12.2006	31.12.2005
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	34.770.710,43	39.916.675,32
2. Geschäfts- oder Firmenwert	22.746.987,29	38.673.286,94
3. Geleistete Anzahlungen	497.845,07	0,00
	58.015.542,79	78.589.962,26
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	250.984.843,08	251.783.104,27
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.553.118.619,84	1.346.120.732,02
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.194.512,66	19.939.131,83
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	138.700.727,45	181.979.256,24
	1.962.998.703,03	1.799.822.224,36
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.411.432,24	6.242.831,44
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	6.468.522,35	414.001,00
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	5.024.498,38	5.065.472,56
4. Beteiligungen	93.771.599,77	95.299.204,47
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	81.000,00	0,00
6. Sonstige Ausleihungen	4.097.442,62	60.736.030,67
	114.854.495,36	167.757.540,14
	2.135.868.741,18	2.046.169.726,76
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	16.105.997,44	12.862.717,41
2. Unfertige Leistungen	31.893.464,94	26.932.914,13
3. Geleistete Anzahlungen	325.767,97	350.732,34
	48.325.230,35	40.146.363,88
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	276.306.990,45	357.644.735,88
Erhaltene Anzahlungen	-126.509.747,40	-216.924.494,11
	149.797.243,05	140.720.241,77
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.725.386,43	5.936.463,71
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.021.780,78	9.774.797,97
4. Sonstige Vermögensgegenstände	437.419.958,23	441.274.449,94
	596.964.368,49	597.705.953,39
III. Wertpapiere		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	430.218,96	905.218,96
2. Sonstige Wertpapiere	14.992.936,20	84.726.393,85
	15.423.155,16	85.631.612,81
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	97.800.771,82	47.449.476,83
	758.513.525,82	770.933.406,91
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11.949.121,02	5.423.415,39
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	5.073.777,25	5.407.550,61
	2.911.405.165,27	2.827.934.099,67

Passiva

	31.12.2006	31.12.2005
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	512.000,00	512.000,00
II. Kapitalrücklage	126.994.631,62	121.930.529,72
III. Gewinnrücklagen	28.483.734,72	28.475.053,45
IV. Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	1.487.042,74	1.644.191,67
V. Konzernbilanzverlust	-128.464.765,32	-90.846.093,01
VI. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	68.801.952,08	76.861.314,83
	97.814.595,84	138.576.996,66
B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	162.760.706,21	159.686.329,83
C. Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens		
	585.182.061,69	557.770.508,94
D. Sonderposten für Baukostenzuschüsse	109.947.632,71	112.951.361,71
E. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	20.859.058,04	19.596.124,20
2. Steuerrückstellungen	24.483.117,89	20.786.463,89
3. Sonstige Rückstellungen	288.712.242,56	290.412.511,07
	334.054.418,49	330.795.099,16
F. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	727.052.284,51	643.046.720,19
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	25.612.103,86	19.586.400,53
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	90.961.246,81	86.651.722,31
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.904.254,94	14.431.518,39
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.051.697,50	9.756.234,52
6. Sonstige Verbindlichkeiten	699.488.405,76	701.581.982,03
(davon aus Steuern € 22.584.137,82; 31.12.2005 € 11.622.951,93)		
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 735.474,38; 31.12.2005 € 3.189.009,25)		
	1.567.069.993,38	1.475.054.577,97
G. Rechnungsabgrenzungsposten	54.575.756,95	53.099.225,40
	2.911.405.165,27	2.827.934.099,67

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

**Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006**

	2006	2005
	€	€
1. Umsatzerlöse	2.071.533.793,85	1.332.588.655,25
2. Erhöhung (Vorjahr Verminderung) des Bestands an unfertigen Leistungen	4.960.550,81	-911.155,61
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	6.301.655,78	6.252.558,53
4. Sonstige betriebliche Erträge	121.547.462,18	111.154.831,36
	2.204.343.462,62	1.449.084.889,53
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.508.661.923,29	753.395.507,10
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	193.899.074,63	247.107.310,91
c) Abwasserabgabe	5.466.420,80	5.202.628,99
	1.708.027.418,72	1.005.705.447,00
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	154.957.947,45	138.246.158,92
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 5.110.552,63; Vorjahr € 5.650.964,92)	33.660.257,60	31.698.206,71
	188.618.205,05	169.944.365,63
7. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	165.695.882,94	153.998.758,02
b) auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	333.773,36	1.590.601,15
	166.029.656,30	155.589.359,17
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	143.534.235,77	119.881.809,98
9. Erträge aus Beteiligungen (davon aus verbundenen Unternehmen € 30.833,12; Vorjahr € 233.355,58)	4.364.722,49	5.802.226,70
10. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	1.115.611,80	484.378,74
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	107.657,27	27.377,87
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (davon aus verbundenen Unternehmen € 670.612,25; Vorjahr € 123.808,01)	2.959.067,03	2.079.024,73
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 46.218,06; Vorjahr € 150.379,14)	11.541.479,43	11.288.787,79
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	8.381.735,15	5.042.714,52
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	322.527,71	321.311,40
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen € 224.050,07; Vorjahr € 211.876,77)	49.584.694,45	45.598.429,56
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-40.066.472,51	-33.316.751,90
18. Außerordentliche Erträge	0,00	2.177.156,20
19. Außerordentliche Aufwendungen	141.168,32	0,00
20. Außerordentliches Ergebnis	-141.168,32	2.177.156,20
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-655.477,77	3.361.170,32
22. Sonstige Steuern	3.747.952,41	3.266.878,17
23. Konzernjahresfehlbetrag	-43.300.115,47	-37.767.644,19
24. Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	-4.630.576,91	-5.362.995,27
25. Konzernverlustvortrag	-90.846.093,01	-48.488.956,87
26. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	10.312.020,07	773.503,32
27. Konzernbilanzverlust	-128.464.765,32	-90.846.093,01

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

**Kapitalflussrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006**

	2006	2005
	T€	T€
Konzernjahresfehlbetrag	-43.300	-37.768
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	165.696	153.999
Abschreibungen auf Finanzanlagen	8.223	5.003
Veränderung aus der Equity-Bewertung	-51	877
Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	334	1.591
Zunahme (Vorjahr Abnahme) langfristiger Rückstellungen	15.003	-5.558
Auflösung des Sonderpostens für Baukostenzuschüsse	-8.202	-8.015
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-28.712	-27.543
Erträge aus der Auflösung abgegrenzter Barwertvorteile aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften	-2.507	-2.494
Netto-Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	4.307	4.723
Konsolidierungsbedingte und sonstige nicht zahlungswirksame Vorgänge	-23.554	-11.960
Zunahme der Vorräte	-8.179	-27.352
Zunahme (Vorjahr Abnahme) der kurzfristigen Forderungen und sonstiger Aktiva	-6.382	48.595
Zunahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	18.725	66.785
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	91.401	160.883
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	51.962	31.521
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände ¹	-22.896	-28.346
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen ¹	-170.811	-220.615
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen ¹	-15.898	-10.420
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen	-52.181	-1.544
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	47.791	79.018
Einzahlungen aus empfangenen Baukostenzuschüssen	5.663	5.598
Rückzahlung von Investitions- und Baukostenzuschüssen	-2.021	-1.205
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-158.391	-145.993
Einlagen der Gesellschafterin	15.376	16.183
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	147.436	91.165
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-112.049	-125.107
Ausschüttungen	-7.255	-5.006
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	43.508	-22.765
Veränderung des Finanzmittelfonds	-23.482	-7.875
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	132.175	139.297
Konsolidierungskreis- und wechselkursbedingte Änderung des Finanzmittelfonds	4.101	753
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	112.794	132.175
Darunter:		
Sonstige Wertpapiere	14.993	84.726
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	97.801	47.449

¹ Ohne Zugänge aus Erstkonsolidierung und Einlagen.

Zusammensetzung und Entwicklung des Konzerneigenkapitals

	Mutterunternehmen				
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis	
	Stammaktien			Eigenkapital-differenz aus Währungs-umrechnung	Andere neutrale Trans-aktionen
	T€	T€	T€	T€	T€
Stand am 31.12.2005	512	121.931	-90.846	1.644	28.475
Änderung des Konsolidierungs-kreises bzw. der Beteiligungsquote	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungs-umrechnung	0	0	0	-157	0
Ausschüttung an Minderheits-gesellschafter	0	0	0	0	0
Einlage in die Kapitalrücklage	0	15.376	0	0	0
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	-10.312	0	0	0
Eliminierung der Neubewertungs-rücklage	0	0	0	0	0
Konsolidierungskreisbedingte Änderung der Gewinnrücklagen	0	0	0	0	9
Anderen Gesellschaftern zuzurechnender Gewinn	0	0	0	0	0
Konzerngesamtergebnis	0	0	-37.619	0	0
Stand am 31.12.2006	512	126.995	-128.465	1.487	28.484

Eigenkapital	Minderheitsgesellschafter			Konzern-eigenkapital
	Minderheitenkapital	Eigenkapital-differenz aus Währungs-umrechnung	Eigenkapital	
T€	T€	T€	T€	T€
61.716	76.894	-33	76.861	138.577
0	-2.966	0	-2.966	-2.966
-157	0	541	541	384
0	-7.255	0	-7.255	-7.255
15.376	0	0	0	15.376
-10.312	0	0	0	-10.312
0	-3.010	0	-3.010	-3.010
9	0	0	0	9
0	4.631	0	4.631	4.631
-37.619	0	0	0	-37.619
29.013	68.294	508	68.802	97.815

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2006

1. Grundlagen

Der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), zum 31. Dezember 2006 wurde nach den Vorschriften der §§ 290 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) sowie den ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt. Ergänzende Angaben zu den einzelnen Posten der Konzernbilanz und der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung befinden sich grundsätzlich im Konzernanhang.

Der Konzernabschluss der LVV zum 31. Dezember 2006 wurde geändert, um die Effekte aus zwei CDS- und zwei CDO-Transaktionen, die von der ehemaligen Geschäftsführung des Tochterunternehmens Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (KWL), abgeschlossen wurden, sowie damit im Zusammenhang stehende Provisionszahlungen (€ 13,2 Mio.), die bisher im Rechnungswesen der KWL nicht erfasst waren, korrespondierend zur Änderung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 der KWL zu berücksichtigen. Die KWL klagt derzeit auf die Feststellung der Nichtigkeit der bestehenden CDO-Transaktionen aufgrund der fehlenden Zustimmung der Aufsichts- und Überwachungsgremien der KWL für den Abschluss dieser Transaktionen und der damit einhergehenden Überschreitung der Vertretungsbefugnis der ehemaligen Geschäftsführung der KWL. Unter der Annahme überwiegender Erfolgsaussichten, ungeachtet des nicht auszuschließenden Prozessrisikos für diese Klage, geht die Geschäftsführung der KWL als auch der LVV bei der bilanziellen Behandlung der CDO-Transaktionen von der Nichtigkeit der CDO-Transaktionen aus. Die Bildung einer Drohverlustrückstellung war insofern nicht erforderlich.

Die daraus erhaltenen Einzahlungen in Höhe von € 25,4 Mio. wurden daher als sonstige Verbindlichkeiten (Herausgabeanspruch) abgebildet. Die bezahlten Prämien für die Absicherung von Cross-Border-Lease-Positionen (erworbene CDS-Geschäfte) in Höhe von € 2,5 Mio. sowie die Auszahlungen für Verwaltungsgebühren für Cross-Border-Lease-Transaktionen in Höhe von € 0,5 Mio sind als Aktive Rechnungsabgrenzungsposten über die Laufzeit der Geschäfte abgegrenzt.

Für den für die geleisteten Provisionszahlungen gegebenenfalls bestehenden Rückforderungsanspruch in Höhe von € 13,2 Mio. wurden Forderungen ertragswirksam erfasst und in gleicher Höhe aus kaufmännischer Vorsicht vollständig wertberichtigt. Aus diesem Grunde ergeben sich sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen in Höhe von jeweils € 13,2 Mio.

Darüber hinaus sind in 2005 im Zusammenhang mit einem sogenannten UK-Lease (Cross-Border-Lease Transaktion mit einem Partner im Vereinigten Königreich) vorausbezahlte Mietaufwendungen in Höhe von T€ 5.127 nicht im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt worden. Dieser Geschäftsvorfall wurde in laufender Rechnung in 2006 nach Berücksichtigung der zeitanteiligen Auflösung erfasst und in Höhe von T€ 4.226 abgegrenzt. Für eine ebenfalls im Zusammenhang mit dem UK-Lease in 2005 übernommene Kreditversicherung sind die erhaltenen Prämien in Höhe von T€ 5.127 in 2005 nicht im passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst worden. Diese Transaktion wurde in laufender Rechnung in 2006 nach Berücksichtigung der zeitanteiligen Auflösung erfasst und in Höhe von T€ 4.226 abgegrenzt.

Daneben besteht eine im Rahmen des UK-Leases übernommene Kreditversicherung mit einem Nominalvolumen von € 205 Mio. und einem positiven Marktwert von € 3 Mio.

Die aus Sicht der Geschäftsführung der KWL als auch der LVV nichtigen CDO-Transaktionen haben ein Nominalvolumen von € 230 Mio. und einen negativen Marktwert von € 25 Mio. Die CDS-Geschäfte haben ein Nominalvolumen von € 306 Mio. und einen positiven Marktwert von € 0,1 Mio.

2. Konsolidierungskreis und Konzernabschlussstichtag

Zum Konzernabschlussstichtag war die LVV an folgenden Unternehmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt:

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital des Geschäftsjahres	Ergebnis des Geschäftsjahres
1. Einbezogene verbundene Unternehmen					
Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	BSL	KWL	100,00 %	1.466,5 T€	0,0 T€
FWNL Fernwärmenetz Leipzig GmbH & Co. KG, Leipzig	FWNL KG	SWL	0,03 %	-7.775,2 T€	3.646,8 T€
		KVV	0,12 %		
Gdanskie Przedsiębiorstwo Energetyki cieplnej Sp. z o.o., Gdansk	GPEC	SWL	83,66 %	32.804,9 T€	2.243,2 T€
GNL Gasnetz Leipzig GmbH & Co. KG, Leipzig	GNL	SWL-KVV	81,59 %	1.322,3 T€	0,0 T€
		SWL-B	0,00 %		
		RECTOR	0,00 %		
HLkomm Telekommunikations GmbH, Leipzig	HLkomm	SWL	100,00 %	12.603,6 T€	0,0 T€
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig	KWL	LVV	74,65 %	267.944,7 T€	0,0 T€
LAB Leipziger Aus- und Weiterbildungsbetriebe GmbH, Leipzig	LAB	LVB	51,00 %	272,3 T€	0,8 T€
		LSVB	25,00 %		
LAS GmbH, Leipzig	LAS	SWL	100,00 %	498,6 T€	0,0 T€
Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH, Leipzig	LSB	LVB	51,00 %	288,5 T€	17,9 T€
Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH & Co. KG, Leipzig	LSVB	LSVV	0,00 %	421,9 T€	141,8 T€
		LVB	100,00 %		

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital des Geschäftsjahres	Ergebnis des Geschäftsjahres
Leipziger Stadtverkehrsverwaltungsgesellschaft (LSVV) mbH, Leipzig	LSVV	LVB	100,00 %	27,4 T€	2,4 T€
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	LVB	LVV	100,00 %	119.035,4 T€	0,0 T€
LSI GmbH, Leipzig	LSI	BSL	100,00 %	362,3 T€	93,0 T€
LTB Leipziger Transport u. Logistik Betriebe GmbH, Leipzig	LTB	LVB	100,00 %	828,2 T€	0,0 T€
perdata Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Leipzig	perdata	SWL	100,00 %	2.511,7 T€	0,0 T€
PROMETHEUS - Gesellschaft für Erdgasanwendungsanlagen mbH, Leipzig	PROMETHEUS	SWL	51,00 %	294,0 T€	6,4 T€
Sachsen Wasser GmbH, Leipzig	SAWA	KWL	100,00 %	434,9 T€	0,0 T€
SHH GmbH Systemhaus Hemminger, Esslingen a.N.	SHH	SWL	51,00 %	429,7 T€	58,7 T€
Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig	SWL	LVV	100,00 %	250.001,0 T€	0,0 T€
Stadtwerke Leipzig Netz GmbH, Leipzig	SWL-Netz	SWL	100,00 %	138,7 T€	0,0 T€
SWL Anlagenvermögensverwaltungs GmbH, Leipzig	SWL AVV	SWL	100,00 %	54.965,5 T€	0,0 T€
SWL Kapitalvermögensverwaltungs GmbH, Leipzig	SWL KVV	SWL	100,00 %	98.876,7 T€	0,0 T€
SWL Polska Sp. z o.o., Gdansk	SWL Polska	SWL	100,00 %	216,8 T€	7,6 T€
Verkehrs-Consult Leipzig (VCL) GmbH, Leipzig	VCL	LVB	75,00 %	127,5 T€	0,0 T€
Zakład Energetyki Ciepłej "STAR-PEC" Sp. z o.o., Starogard Gdański	STAR-PEC	SWL	86,08 %	4.622,1 T€	171,1 T€
Zakład Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Tczew	ZEC Tczew	SWL	99,89 %	6.347,6 T€	337,0 T€
2. Nicht einbezogene verbundene Unternehmen					
CSC System Consulting Gesellschaft für CAD Beratungs- und Anwendungssoftware mbH, Köln ⁴	CSC CAD	SHH	80,00 %	k.A.	k.A.
Cadtronic Computer-Systeme GmbH, Bergisch Gladbach ⁴		SHH	85,00 %	k.A.	k.A.
Deutsche Nahverkehrs-Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Leipzig ⁴	DNBVG	LVB	66,67 %	0,0 T€	0,0 T€
EAG Erdstoff-Aufbereitungs-Gesellschaft mbH, Engelsdorf ⁴	EAG	SWL	65,00 %	21,5 T€	0,0 T€
Edi C. CarSharing GmbH, Leipzig ⁴	Edi C.	LTB	100,00 %	16,0 T€	-0,3 T€
ENEKO Sp. z o.o., Jelenia Góra ⁴	ENEKO	SWL	100,00 %	1.728,7 T€	6,3 T€
IESI Vertriebsgesellschaft Energie und Wasser mbH, Leipzig ⁴	IESI	KWL	100,00 %	20,4 T€	-0,4 T€
Innvo Innovationsgesellschaft mbH & Co. KG, Leipzig ^{1,4}	Innvo KG	Innvo GmbH	0,00 %	71,0 T€	-758,0 T€
		SWL	100,00 %		
Innvo Innovationsgesellschaft-Management mbH, Leipzig ^{1,4}	Innvo GmbH	SWL	100,00 %	28,0 T€	0,0 T€
LeoBus GmbH, Zwenkau ⁵	LeoBus	LVB	100,00 %	842,8 T€	-179,8 T€
Neue Linie GmbH, Leipzig (NL) ⁴	NL	LVB	90,00 %	4,1 T€	17,7 T€
PNV Personenverkehrs GmbH Riesa-Großenhain, Riesa ⁴	PNV	LeoBus	100,00 %	707,4 T€	-510,6 T€
RECTOR Beteiligungsgesellschaft mbH,	RECTOR	SWL-KVV	100,00 %	35,7 T€	10,1 T€

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital des Geschäftsjahres	Ergebnis des Geschäftsjahres
Leipzig ⁴					
SHH Sp. Z o.o., Wroclaw ^{1,4}		SHH GmbH	100,00 %	292,0	28,0
Solarion GmbH, Leipzig ^{1,4}		Innvo KG	67,35 %	-1.474,0 T€	-906,0 T€
Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig ⁴		KWL	100,00 %	1.408,7 T€	0,0 T€
SWL Beteiligungs GmbH, Leipzig ⁴	SWL-B	SWL	100,00 %	79,0 T€	28,0 T€
WABIO [®] -Bioenergietechnik GmbH & Co. Biokraftwerk KG, Bad Köstritz ⁶	WABIO	WABIO-GmbH	0,00 %	-2.420,2 T€	-1.536,3 T€
		SWL	51,00 %		
Wasseraufbereitung Knautnaundorf GmbH, Leipzig ⁴	WAK	KWL	100,00 %	57,6 T€	6,1 T€
Wassergut Canitz GmbH, Leipzig ⁴	WGC	KWL	100,00 %	1.488,7 T€	0,0 T€
ZUC Zaklad Usług Ciepłowniczych Sp. z o.o., Gdansk ⁴	ZUC	GPEC	100,00 %	1.441,0 T€	264,0 T€
3. Assoziierte Unternehmen					
"EL-POMIAR" Sp. z o.o., Gdansk ⁷		GPEC	31,41 %	21,0 T€	21,0 T€
Energy Services GmbH, Leipzig ^{3,7}		SWL	50,00 %	113,9 T€	-6,6 T€
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig ⁷	EVIL	SWL	50,00 %	398,3 T€	145,9 T€
Fernwasserversorgung Elbaue/Ostharz GmbH, Torgau	FEO	KWL	25,50 %	102.501,8 T€	-4.120,2 T€
FSH-Fahrzeug Service und Handel GmbH, Leipzig ^{1,7}	FSH	LTB	48,89 %	73,0 T€	18,0 T€
IFTEC GmbH & Co. KG, Leipzig	IFTEC	LVB	50,00 %	10.038,5 T€	2.637,0 T€
Kompania za energospestjwane (KES), Sofia ⁷	KES	SWL	45,00 %	1.127,7 T€	248,3 T€
LEOLINER Fahrzeug-Bau Leipzig GmbH, Leipzig	FBL	LVB	49,00 %	676,9 T€	10,2 T€
LIB Verwaltungs-GmbH, Leipzig	LIBV	LVB	50,00 %	25,9 T€	0,9 T€
Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) ⁷	SGS	LSB	49,00 %	85,0 T€	19,0 €
Solarion AG, Leipzig ^{1,7}	Solarion AG	Innvo KG	22,27 %	-1.474,0 T€	-906,0 T€
VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- u. Beteiligungsgesellschaft mbH, Halle ⁷	VNG VuB	LVV	21,41 %	128,2 T€	7,2 T€
WABIO-Biokraftwerk Managementgesellschaft mbH, Leipzig ^{1,7}	WABIO GmbH	SWL	50,00 %	25,0 T€	0,0 T€
4. Weitere Beteiligungen					
AB Klaipedos energia AG, Klaipeda	Klaipedos	SWL	14,72 %	38.117,5 T€	1.543,4 T€
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (BEKA) mbH, Köln	BEKA	LVB	0,47 %	1.057,0 T€	71,0 T€
Ennovatis GmbH		Innvo KG	15,14 %	k. A.	k. A.
<i>envia</i> Mitteldeutsche Energie Aktiengesellschaft, Chemnitz	<i>enviaM</i>	LVV treuhänderisch über KBE	0,07 %	888.772,0 T€	72.146,0 T€
European Energy Exchange Aktiengesellschaft, Leipzig	EEX	LVV	5,67 %	33.403,2 T€	4.556,2 T€
Heizkraftwerk Eutritzscher Straße GmbH & Co. KG, Leipzig	EuKG	SWL	0,05 %	-38.818,6 T€	3.735,2 T€
		SWL-B	0,00 %		
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH, Chemnitz ²	KBE	LVV	1,86 %	110.665,0 T€	14.145,0 T€

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital des Geschäftsjahres	Ergebnis des Geschäftsjahres
KOM-STROM AG, Leipzig	KOM-STROM	SWL	1,00 %	20.269,7 T€	2.864,9 T€
Miedzynarodowe Targi Gdanskie S.A., Gdansk ¹		GPEC	1,28 %	3.856,0 T€	308,0 T€
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV), Halle (Saale)	MDV	LVB	15,92 %	400,3 T€	0,0 T€
UNIMOR S.A.		ZEC Tczew	0,06 %	k. A.	k. A.
VNG - Verbundnetz Gas AG, Leipzig	VNG	LVV treuhänderisch über VNG VuB	5,52 %	626.649,0 T€	154.791,0 T€

¹ Angaben zum Jahresergebnis und Eigenkapital entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005.

² Abweichendes Geschäftsjahr vom 1.7.2005 bis 30.6.2006.

³ Abweichendes Geschäftsjahr vom 1.10.2005 bis 30.09.2006.

⁴ Nichteinbeziehung gemäß § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung.

⁵ Verzicht auf Vollkonsolidierung gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB, da Anteile teilweise weiterveräußert werden sollen; Equity-Bewertung.

⁶ Verzicht auf Vollkonsolidierung gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 2 und 3 HGB, da Angaben nicht ohne unverhältnismäßige Kosten oder Verzögerungen zu erhalten sind und gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB die Anteile weiterveräußert werden sollen.

⁷ Verzicht auf Equity-Bewertung gemäß § 311 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung.

Aufgrund der nicht mehr bestehenden Veräußerungsabsicht bezüglich der Mehrheit der Anteile an der LSVV und LSVB werden diese Gesellschaften erstmals zum 1. Januar 2006 nach den Grundsätzen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Darüber hinaus wurde die SWL-Netz, die aus der Umfirmierung der GWK Gesellschaft für Kommunalwirtschaft mbH, Leipzig, hervorgegangen ist, zum 1. Januar 2006 sowie die GNL aufgrund des Erwerbs der Mehrheit der Anteile durch die SWL KVV zum 31. Dezember 2006 erstmals vollkonsolidiert. Weiterhin hat sich die Veränderung der Beteiligungsquoten an der GPEC, HLkomm, LAB, STAR-PEC und SWL Polska im Konzernabschluss ausgewirkt. Die WABIO wurde gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 2 und 3 HGB nicht mehr konsolidiert. Die FBL wurde erstmals zum 1. Januar 2006 im Rahmen der Equity-Bewertung im Konzernabschluss berücksichtigt.

Zur Herstellung der Vergleichbarkeit aufgrund der Änderungen des Konsolidierungskreises werden in der folgenden Darstellung die Vorjahreszahlen angepasst. Danach ergeben sich folgende wesentliche Änderungen:

Abschlussposten	Stand 31. Dezember 2005 Geschäftsjahr bzw. 2005	
	vor Anpassung	nach Anpassung
	T€	T€
Anlagevermögen	2.046.170	2.073.955
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	5.936	4.977
Sonstige Vermögensgegenstände	441.274	443.967
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	47.449	55.427
Rückstellungen	330.795	335.986
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	643.047	703.787
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	14.432	9.185
Sonstige Verbindlichkeiten	701.237	707.349
Umsatzerlöse inklusive Bestandsveränderung	1.331.678	1.285.228
Sonstige betriebliche Erträge	111.155	106.433
Materialaufwand	1.005.705	938.201
Personalaufwand	169.944	182.330
Sonstige betriebliche Aufwendungen	119.882	123.911

Der Konzernabschluss ist auf den Stichtag 31. Dezember 2006 aufgestellt; die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen wurden auf den Bilanzstichtag der Muttergesellschaft aufgestellt.

3. Konsolidierungsgrundsätze

Die Erstellung des Konzernabschlusses der LVV wird auf Grundlage der Richtlinie für die Erstellung des Konzernabschlusses der LVV und für die Erstellung der Handelsbilanzen II der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen vorgenommen.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses werden die Vorschriften über die Kapitalkonsolidierung (§ 301 HGB), die Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und die Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) beachtet.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode auf der Grundlage der Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- bzw. Gründungszeitpunkt oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. Die Kapitalkonsolidierung auf den Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung sowie die Anwendung der Buchwertmethode entsprechen nicht den Regelungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 4 (DRS 4).

Die sich aus der Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ergebenden aktiven und passiven Unterschiedsbeträge werden in der Bilanz als gesonderte Posten ausgewiesen.

Der aktive Unterschiedsbetrag, der sich als positive Differenz zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung beim Mutterunternehmen und dem auf diese Beteiligung entfallenden Wert des Eigenkapitals des konsolidierten Unternehmens ergibt, wird nach Abzug aufgedeckter

stiller Reserven gemäß DRS 4 unter den immateriellen Vermögensgegenständen als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen. Entsprechend § 309 Abs. 1 Satz 1 HGB wird der Geschäfts- oder Firmenwert über einen Zeitraum von vier Jahren abgeschrieben.

Im Rahmen der Erstkonsolidierung der GNL, der Konsolidierung weiterer Anteile an der HLkomm und an der STAR-PEC, der Entkonsolidierung der Anteile an der WABIO sowie aufgrund von Kapitalveränderungen der GPEC und STAR-PEC ergaben sich im Geschäftsjahr 2006 aktivische Unterschiedsbeträge von insgesamt T€ 74.134. Der aktivische Unterschiedsbetrag, der sich aus der Erstkonsolidierung der GNL ergab (T€ 56.697), wurde im Rahmen der Aufdeckung stiller Reserven den Sachanlagen zugeordnet, die übrigen wurden als Goodwill erfasst. Geschäfts- oder Firmenwerte wurden im Geschäftsjahr 2006 mit T€ 33.343 abgeschrieben.

Der passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung entsteht, wenn das anteilige Eigenkapital den Buchwert der Beteiligung übersteigt. Vorwiegend im Rahmen des Erwerbs zusätzlicher Anteile an der GPEC und SWL Polska veränderte sich der passivische Unterschiedsbetrag im Geschäftsjahr 2006 um T€ 3.074. Sich aus der erstmaligen Kapitalkonsolidierung ergebende passivische Unterschiedsbeträge wurden in die Gewinnrücklagen des Konzerns eingestellt, soweit sie sich aus Gewinnthesaurierungen im Zeitraum zwischen der Anschaffung der Beteiligung und der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss ergeben. Der sich aus der erstmaligen Kapitalkonsolidierung im Geschäftsjahr 2006 der SWL-Netz ergebende Unterschiedsbetrag von T€ 9 wurde in die Gewinnrücklagen des Konzerns eingestellt. Die passivischen Unterschiedsbeträge von T€ 352, die sich im Geschäftsjahr 2006 aus der Erstkonsolidierung der LSVB sowie eines weiteren Anteils an der LAB ergaben, wurden in Anwendung des DRS 4 ertragswirksam vereinnahmt.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden saldiert, die Erträge mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Aus dem Verkauf von Anlagevermögen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden Zwischenergebnisse entsprechend § 304 HGB eliminiert. Im Übrigen wurde auf die Eliminierung von Zwischenergebnissen gemäß § 304 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die Beteiligungen an den assoziierten Unternehmen wurden in der Konzernbilanz gemäß § 312 Abs. 1 HGB mit dem Buchwert angesetzt. Die sich nach Verrechnung der Beteiligungsbuchwerte mit dem anteiligen Eigenkapital der assoziierten Unternehmen ergebenden aktivischen Unterschiedsbeträge (Geschäfts- oder Firmenwert) werden über einen Zeitraum von vier Jahren abgeschrieben. Aus der erstmaligen Equity-Bewertung der FBL ergab sich ein aktivischer Unterschiedsbetrag von T€ 29. Dieser wurde im Geschäftsjahr 2006 mit T€ 7 abgeschrieben.

Die sich nach Verrechnung des Beteiligungsbuchwertes mit dem anteiligen Eigenkapital der assoziierten Unternehmen ergebenden passivischen Unterschiedsbeträge wurden in die Ge-

winnrücklagen des Konzerns eingestellt, soweit sie aus Gewinnthesaurierungen der Vorjahre resultieren. Der passivische Unterschiedsbetrag (T€ 163), der sich in Vorjahren aus der erstmaligen Equity-Bewertung der LeoBus ergab, wurde in Anwendung des DRS 8 planmäßig im Geschäftsjahr 2006 mit T€ 16 ertragswirksam aufgelöst.

Die Anteile am Jahresergebnis der assoziierten Unternehmen sowie andere erfolgswirksame Änderungen am anteiligen Eigenkapital werden als Veränderung der Beteiligungsbuchwerte gezeigt und im Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen. Der sich unter Berücksichtigung des anteiligen Jahresfehlbetrages im Rahmen der Ergebnisfortschreibung der FEO ergebende negative Beteiligungsbuchwert von T€ 923 wird in einer Nebenrechnung erfasst. Der Beteiligungsbuchwert der FEO ist mit einem Erinnerungswert angesetzt.

Auf die Eliminierung von Zwischenergebnissen bei Beteiligungen an assoziierten Unternehmen im Rahmen der Equity-Bewertung, im Wesentlichen aus Lieferungen und Leistungen, wurde in Anwendung von § 312 Abs. 5 Satz 3 HGB verzichtet. Der DRS 8 wurde diesbezüglich nicht angewendet.

Für die Umrechnung der Bilanzposten sowie der Gewinn- und Verlustrechnung der ausländischen Tochtergesellschaften wurden die Stichtagskurse bzw. historischen Kurse für das Eigenkapital zugrunde gelegt (Fremdwährungsumrechnung).

Für temporäre Differenzen wurden passive latente Steuern berücksichtigt.

4. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend wurden die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Auch die im Konzernabschluss at Equity bewerteten Unternehmen stellen ihre Jahresabschlüsse grundsätzlich nach den einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Konzerns auf.

Die **Immateriellen Vermögensgegenstände** und die **Sachanlagen** sind mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Unentgeltlich übernommene Anlagegüter sind mit ihrem Verkehrswert angesetzt. In den Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den Einzelkosten auch angemessene Gemeinkosten enthalten.

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten Grunddienstbarkeiten nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

Den planmäßigen Abschreibungen liegt jeweils die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zugrunde. Die Abschreibungen werden grundsätzlich nach der linearen Methode vorgenommen.

Darüber hinaus wurden im Konzern außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt T€ 4.617 berücksichtigt. Anlagegegenstände, deren Anschaffungskosten im Einzelfall € 410,00 nicht übersteigen, werden gemäß § 6 Abs. 2 Einkommensteuergesetz (EStG) im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Soweit Anlagegegenstände der in den Konzern einbezogenen Unternehmen bezuschusst oder finanziell gefördert werden, sind diese Mittel zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage auf der Passivseite unter dem Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen. Sie werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer der geförderten Sachanlagen aufgelöst.

Die unter den **Finanzanlagen** ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten angesetzt. Anteile an ausländischen Unternehmen wurden zum Tageskurs des Transaktionszeitpunktes umgerechnet. Unverzinsliche Ausleihungen sind auf den Barwert abgezinst. Soweit erforderlich, wurden mit T€ 8.223 Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips angesetzt. Die **Unfertigen Leistungen** sind verlustfrei zu Herstellungskosten bewertet.

Unter den Vorräten bzw. den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene unentgeltlich zugewiesene Emissionszertifikate werden abweichend zum Vorjahr nicht mehr zum Zeitwert am Ausgabestichtag, sondern zu einem Erinnerungswert von je € 1,00 bewertet. Korrespondierend wurde die Bewertung im Sonderposten und den sonstigen Rückstellungen angepasst. Die Bewertungsumstellung erfolgte zur Vermeidung von Bewertungsschwankungen im Bilanzansatz aufgrund der hohen Volatilität der Zeitwerte von Emissionszertifikaten zum 31. Dezember 2006.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken ausgewiesen. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Anzahlungen auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch für Strom, Gas, Wasser und Abwasser offen abgesetzt.

Bei bestehenden Netting-Vereinbarungen mit Partnern im Energiegroßhandel werden unter Beachtung des § 246 Abs. 2 HGB Forderungen und Verbindlichkeiten (T€ 120.177) saldiert.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten zum 31. Dezember 2006 Prämien für Optionen und Caps. Erläuterungen zur Bewertung finden sich unter den Ausführungen zu den Finanzderivaten.

Die **Wertpapiere** (u.a. zur Veräußerung vorgesehenen Anteile an verbundenen Unternehmen) sind zu Anschaffungskosten bewertet. Sofern der Marktwert am Bilanzstichtag unter dem Anschaffungswert liegt, wurden entsprechende Abschreibungen vorgenommen. Die Währungsumrechnung erfolgte zum Mittelkurs bei Anschaffung der Wertpapiere bzw. unter Beachtung des Imparitätsprinzips zum Mittelkurs zum Bilanzstichtag.

Der **Kassenbestand, die Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks** sind mit dem Nominalwert bilanziert. Fremdwährungsbestände sind zum Stichtagskurs bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert in Euro umgerechnet.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens** werden neben unentgeltlich übertragenen Gegenständen des Anlagevermögens im Wesentlichen Investitionszuschüsse sowie die mit Investitionen zur Umweltverbesserung verrechenbare Abwasserabgabe passiviert, die über die Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände bzw. bei deren Abgang vollständig ertragswirksam aufgelöst werden. Darüber hinaus werden die nicht zur Rückgabe bestimmten unentgeltlich zugeteilten Emissionszertifikate erfasst.

Passivierte Ertragszuschüsse werden im Sonderposten für **Baukostenzuschüsse** ausgewiesen. Die jährliche ertragswirksame Auflösung beträgt 5,0 % für Baukostenzuschüsse bis zum 31. Dezember 2002. Für erhaltene Zuschüsse ab dem 1. Januar 2003 erfolgt die Auflösung über die Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Anlagen.

Für **Pensionszusagen, Jubiläumzahlungen** und **Altersteilzeitverpflichtungen** sind Rückstellungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinssatz von 5,5 % bzw. 6 % p.a. gebildet worden.

Bei den **Sonstigen Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend berücksichtigt; bewertet wurden diese Verpflichtungen mit ihren voraussichtlichen Erfüllungsbeträgen.

Passive latente Steuern von T€ 19.091 auf abzugsfähige zeitliche Differenzen wurden mit dem maßgeblichen Steuersatz der LVV angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert. Die Währungsumrechnung erfolgte zum Mittelkurs bei Begründung der Verbindlichkeit bzw. unter Beachtung des Imparitätsprinzips zum Mittelkurs zum Bilanzstichtag.

Die aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften erzielten **Barwertvorteile** und Einnahmen aus der im Rahmen des UK-Lease übernommenen Kreditversicherung wurden passiv abgegrenzt. Sie werden über die jeweilige Vertragslaufzeit ergebniswirksam aufgelöst.

5. Angaben zu Posten der Konzernbilanz

Die Zusammensetzung und Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens sind in der Anlage zu diesem Konzernanhang dargestellt; die Gliederung richtet sich nach §§ 266 Abs. 2 i.V.m. § 265 Abs. 6 HGB.

Unter den **Finanzanlagen** werden die Anteile der nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen und an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie sonstige Ausleihungen ausgewiesen. Die Beteiligungsbuchwerte an den assoziierten Unternehmen wurden unter Berücksichtigung der anteiligen Jahresergebnisse des Geschäftsjahres 2006 und der vereinbarten Ausschüttungen fortgeschrieben (T€ 51).

Unter den **Vorräten** sind Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe hauptsächlich für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung des Anlagevermögens erfasst. Darüber hinaus enthalten die Vorräte unentgeltlich zugeteilte rückgabepflichtige Emissionszertifikate (396.601 Stück) der ersten Handelsperiode (2005 - 2007; Marktwert T€ 2.598). Bei den unfertigen Leistungen werden hauptsächlich noch nicht fertig gestellte Leistungen insbesondere für ein Netzinformationssystem der SHH (T€ 30.154) erfasst. Von den unfertigen Leistungen der SWL wurden für künftige Anlagen der WABIO Abschreibungen von T€ 1.270 auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** der Konzernbilanz sind hauptsächlich Forderungen aus abgerechneten Energie- und Wasserlieferungen sowie aus der Abwasserbehandlung und der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag von insgesamt T€ 249.459 enthalten. **Erhaltene Anzahlungen** von T€ 126.510 werden offen abgesetzt. Darüber hinaus sind Forderungen aus der Abrechnung von erbrachten Personenbeförderungsleistungen einschließlich bestehender Ausgleichsansprüche (T€ 4.067) sowie aus der Straßenoberflächenentwässerung (T€ 3.589) erfasst.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** enthalten die Forderungen gegen nicht konsolidierte Tochterunternehmen. Sie bestanden hauptsächlich gegen die LeoBus aus der Inanspruchnahme des Cash-Managements (T€ 1.662) sowie aus der Ausreichung von Fahrscheinausrüstungen und der Vermietung von Bussen und Fahrpersonal (T€ 1.613).

Unter den **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, werden insbesondere Forderungen aus Weiterberechnungen von Leistungen der SWL gegen die EuKG (T€ 3.480) sowie aus Leistungsbeziehungen der LVB mit der IFTEC (T€ 557) ausgewiesen. Weiterhin besteht gegen die FBL eine Forderung aus der Ausreichung eines Darlehens (T€ 218).

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 6.259) und sonstige Vermögensgegenstände (T€ 3.488).

In den **Sonstigen Vermögensgegenständen** sind im Wesentlichen Forderungen gegen die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Leipzig GmbH i.L. (WAB) von T€ 370.132 erfasst. Diese betreffen den vom Verband kommunaler Anteilseigner an der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Leipzig e.V. (VKA), als alleiniger Gesellschafter der WAB, an die KWL im Voraus abgetretenen Auskehranspruch aus der Liquidation der WAB gemäß Abtretungsvertrag vom 29. September 1995. Des Weiteren enthalten die sonstigen Vermögensgegenstände Forderungen aus einem Forfaitierungsvertrag der SWL KVV von T€ 20.692 sowie Kaufpreisforderungen aus Teilbetriebsübertragungen der KWL von T€ 9.124.

Darüber hinaus sind unentgeltlich zugeteilte, nicht rückgabepflichtige Emissionszertifikate (41.166 Stück; Marktwert T€ 270) enthalten.

Von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben T€ 308, von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen T€ 46, von den Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen T€ 218 und von den sonstigen Vermögensgegenständen T€ 405.708, insbesondere die Forderung gegen die WAB, eine **Restlaufzeit von mehr als einem Jahr**. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthalten mit T€ 13.562 Forderungen gegen die Gesellschafterin Stadt Leipzig.

Unter den **Wertpapieren des Umlaufvermögens** werden die zur Veräußerung vorgesehenen **Anteile** an der LeoBus erfasst (T€ 430). Des Weiteren handelt es sich bei den **Sonstigen Wertpapieren** um festverzinsliche Wertpapiere (T€ 12.054), die in einem Wertpapierdepot bei der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig gehalten werden. Darüber hinaus sind bei den sonstigen Wertpapieren bestehende Geldmarktfonds (T€ 2.938) im Rahmen der CDS/CDO-Finanztransaktionen der KWL erfasst.

Im **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** werden im Wesentlichen abgegrenzte CDS-Prämien und im Voraus bezahlte Mieten aus UK-Lease, Umsatzsteuern auf erhaltene Anzahlungen sowie sonstige im Voraus gezahlte Mieten, Versicherungs-, Instandhaltungs- und andere Aufwendungen ausgewiesen. Darüber hinaus ist hier ein Disagio von T€ 444 erfasst, das durch planmäßige Abschreibungen über die Laufzeit des zugrunde liegenden Darlehens von acht Jahren aufgelöst wird.

Das **Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG** betrifft die Rückstellung für Altlastensanierung. Es wurde im Geschäftsjahr 2006 mit T€334 abgeschrieben.

Das **Gezeichnete Kapital** entspricht dem Stammkapital im Mutterunternehmen LVV. Die Stammeinlage wird in voller Höhe von der Stadt Leipzig gehalten.

Die **Kapitalrücklage** entwickelte sich wie folgt:

	T€
Anfangsstand 01.01.2006	121.931
Einlage der Stadt Leipzig	15.376
Entnahme zum Verlustausgleich	-10.312
Endstand 31.12.2006	126.995

Den **Gewinnrücklagen** wurden T€ 9 des sich aus der Erstkonsolidierung der SWL-Netz ergebenden passivischen Unterschiedsbetrages, der auf Gewinnthesaurierungen für Vorjahre beruht, in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Der Posten **Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung** resultiert aus der Abweichung der Bewertung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zum Stichtagskurs gegenüber der Bewertung des Eigenkapitals zum historischen Kurs bei den konsolidierten ausländischen Unternehmen.

Im **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter** von T€68.802 sind hauptsächlich die Anteile des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land an der KWL, der Stadt Gdansk an der GPEC, der Stadt Starogard Gdanski an der STAR-PEC sowie die Anteile verschiedener Kommanditisten an der FWNL und der GNL erfasst. Der Ausgleichsposten hat sich hauptsächlich aufgrund der erstmaligen Konsolidierung der GNL, durch Anteilserwerbe von den anderen Gesellschaftern der GPEC, HLkomm, STAR-PEC und SWL Polska sowie durch Kapitalveränderungen der GPEC und STAR-PEC im Rahmen der Kapitalkonsolidierung bzw. durch Einbeziehung zusätzlicher Anteile der LAB im Rahmen der Vollkonsolidierung von Anteilen der LSVB verändert. Der im Ausgleichsposten verrechnete und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene und anderen Gesellschaftern zuzurechnende Gewinn beträgt T€4.631.

Die Veränderung des **passivischen Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung** ist im Wesentlichen auf den Erwerb weiterer Anteile der GPEC und SWL Polska zurückzuführen.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens** wurden mit T€57.681 Zugänge sowie mit T€1.557 Abgänge erfasst. Der Sonderposten wurde mit T€28.712 ertragswirksam aufgelöst.

Bei den **Baukostenzuschüssen** stehen Zugänge des Geschäftsjahres 2006 von T€5.663 ertragswirksame Auflösungen von T€8.202 und Abgänge von T€464 gegenüber.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** betreffen Pensionszusagen an aktiv tätige und ausgeschiedene Mitglieder der Geschäftsführung einzelner einbezogener Gesellschaften sowie die Verpflichtung auf Gewährung von Hinterbliebenenversorgung.

Unter Berücksichtigung bereits geleisteter Vorauszahlungen betreffen die **Steuerrückstellungen** den voraussichtlich noch zu tragenden Gewerbe- und Körperschaftsteueraufwand der LVV für das Geschäftsjahr 2006. Darüber hinaus wurden Steuerrückstellungen für Steuernachzahlungen aus durchgeführten Betriebsprüfungen, insbesondere der KWL, sowie für latente Steuern im Konzern von T€19.091 erfasst.

Die **Sonstigen Rückstellungen** enthalten hauptsächlich Rückstellungen für Abwasser- und Konzessionsabgaben (T€69.092), für den Rückkauf der Gas- und Dampfturbinenanlage in der Eutritzscher Straße (T€45.221), für ausstehende Rechnungen (T€34.747), für Altersteilzeit-, Sozialplan- und Personalaufwendungen (T€35.125), für Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für dinglich gesicherte Leitungsführungsrechte gemäß § 9 GBBerG (T€31.479), für ungewisse Verbindlichkeiten (T€23.984), für die Beseitigung ökologischer Schäden (T€23.971) sowie für unterlassene Instandhaltungs- und Reparaturaufwendungen (T€15.239).

Für die in der Konzernbilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten	Gesamt 31.12.2006	Davon mit einer Restlaufzeit			
		bis zu 1 Jahr	bis zu 1 Jahr Vorjahr	von 1 bis 5 Jahren	über 5 Jahre
	T€	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	727.052	51.700	67.015	400.672	274.680
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	25.612	25.612	2.167	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	90.961	90.254	85.856	361	346
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	10.904	10.904	14.432	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.052	13.052	6.815	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	699.489	287.717	312.126	411.707	65
	1.567.070	479.239	488.411	812.740	275.091

Die bisher als Anleihen ausgewiesenen Verbindlichkeiten (T€ 243) wurden den sonstigen Verbindlichkeiten sachgerecht zugeordnet. Die Vorjahreszahlen (T€ 345) wurden angepasst.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind T€ 248.219 durch Beteiligungsbelassungserklärung bzw. einfache Negativerklärung, T€ 30.090 durch Forderungsabtretung, T€ 23.124 durch Ausfallbürgschaften der Stadt Leipzig, T€ 2.500 durch Gleichstellungserklärung und T€ 270 durch Sicherungsübereignung besichert. Die Fremdwährungsverbindlichkeiten aus dem US Private Placement (USD 110 Mio.) sind für die gesamte Laufzeit gegen Währungsrisiken des US-Dollars gesichert.

In den **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** ist der Mietkauf von zwei Oberleitungsfahrzeugen enthalten (T€ 771). Zur Besicherung der Mietkaufverbindlichkeiten wurden die beiden Fahrzeuge sicherungsübereignet.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** enthalten zum Bilanzstichtag insbesondere Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme des Cash-Managementsystems von T€ 9.488 sowie aus Leistungsbeziehungen zu nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen von T€ 1.072.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der IFTEC aus der Leistungsbeziehung zu dieser Gesellschaft (T€ 7.010), im Rahmen des Cash-Managements (T€ 1.283) so-

wie aus der Veräußerung eines Geschäftsanteils (T€ 503). Darüber hinaus sind der SHH gewährte Gesellschafterdarlehen von T€ 2.807 enthalten. Aus der Endabrechnung der Verbund-einnahme für November und Dezember 2006 wurden Zahlungsverpflichtungen von T€ 262 gegenüber der MDV ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten mit T€ 9.181 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und mit T€ 14.775 sonstige Verbindlichkeiten.

In den **Sonstigen Verbindlichkeiten** sind hauptsächlich Verbindlichkeiten der KWL aus verschiedenen, in den Geschäftsjahren 1993 bis 1999 abgeschlossenen Teilbetriebsübertragungsverträgen im Rahmen der Entflechtung der WAB von T€ 370.132 enthalten. Der vereinbarte Kaufpreis wird der KWL bis zum Abschluss der Liquidation der WAB zinslos gestundet und soll dann mit dem Auskehranspruch der Kommunen verrechnet werden. Die Stadt Leipzig und der Zweckverband für Abwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land haben der Vermögensübertragung zugestimmt und den Abwicklungsanspruch an die KWL abgetreten.

Weiterhin enthalten die sonstigen Verbindlichkeiten Verpflichtungen von T€ 243.846 aus der Gewährung eines Darlehens durch die Stadt Leipzig. Das Darlehen kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres ganz oder teilweise gekündigt werden. Zur Sicherung der Ansprüche der Stadt Leipzig verpfändete die LVV ihre Geschäftsanteile an der KWL und der SWL an die Stadt Leipzig.

Ferner werden Verbindlichkeiten aus der Abführung von Umsatz-, Lohn- und Kirchensteuer von T€ 22.593 sowie im Rahmen der sozialen Sicherheit von T€ 736 ausgewiesen. Von den sonstigen Verbindlichkeiten sind T€ 243 durch Forderungsabtretung besichert.

Die KWL klagt derzeit auf die Feststellung der Nichtigkeit der bestehenden CDO-Transaktionen aufgrund der fehlenden Zustimmung der Aufsichts- und Überwachungsgremien der KWL für den Abschluss dieser Transaktionen und der damit einhergehenden Überschreitung der Vertretungsbefugnis der ehemaligen Geschäftsführung der KWL. Unter der Annahme überwiegender Erfolgsaussichten, ungeachtet des nicht auszuschließenden Prozessrisikos für diese Klage, geht die Geschäftsführung der KWL als auch der LVV bei der bilanziellen Behandlung der CDO-Transaktionen von der Nichtigkeit der CDO-Transaktionen aus. Die daraus erhaltenen Einzahlungen in Höhe von € 25,4 Mio. (31. Dezember 2005: € 0) wurden daher als sonstige Verbindlichkeiten (Herausgabeanspruch) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten enthalten mit T€ 249.441 Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Stadt Leipzig.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen Einnahmen aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften der KWL und LVB (T€ 48.429) und abgegrenzte Prämien

für eine übernommene Kreditversicherung im Rahmen des UK-Leases (T€ 4.226), die über die Laufzeit ertragswirksam aufgelöst werden.

6. Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Von den **Umsatzerlösen** des Konzerns entfallen T€ 1.745.770 auf Energiegroßhandel und Energielieferungen, T€ 138.664 auf die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, T€ 72.054 auf Erträge aus Verkehrsleistungen einschließlich Ausgleichszahlungen, T€ 25.119 auf Telekommunikationsdienstleistungen, T€ 10.969 auf Dienstleistungen im Bereich der Kraftfahrzeuginstandhaltung, T€ 6.947 auf IT- und Abrechnungsdienstleistungen sowie T€ 72.011 auf Nebengeschäfte einschließlich der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Baukostenzuschüsse. Von den Umsatzerlösen des Konzerns entfallen T€ 71.567 auf Energieverkäufe in Polen.

Abweichend zum Vorjahr, werden die Umsatzerlöse aus dem Energiegroßhandel brutto, d.h. nicht unter Saldierung der den Geschäften zugrunde liegenden Aufwendungen ausgewiesen. Der Vorjahresausweis der Umsatzerlöse und Materialaufwendungen wurde mit T€ 287.337 angepasst.

In den **Sonstigen betrieblichen Erträgen** der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse und Fördermittel (T€ 28.712), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 19.708), Erträge aus der nachträglichen Erfassung von Geschäftsvorfällen im Rahmen der Finanztransaktionen der KWL (T€ 14.085), erhaltene Betriebskostenzuschüsse für erbrachte Verkehrsleistungen sowie Zuschüsse für nichtaktivierungsfähige Instandhaltungsmaßnahmen (T€ 10.704), Erträge aus der Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften (T€ 2.507) sowie Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (T€ 2.102) erfasst. Darüber hinaus sind Erträge aus Weiterberechnungen, aus Schadenersatz, aus der Auflösung wertberechtigter bzw. dem Eingang ausgebuchter Forderungen sowie Erträge für Mieten und Pachten enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten periodenfremde Erträge von T€ 32.557.

Der **Materialaufwand** enthält mit T€ 1.508.662 insbesondere die Aufwendungen für den Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmebezug sowie mit T€ 193.899 die Aufwendungen für bezogene Leistungen. Für die Abwasserabgabe wurden T€ 5.466 berücksichtigt.

Der **Personalaufwand** des Konzerns beträgt T€ 188.618. Darin sind die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sowie die Berufsgenossenschaftsbeiträge enthalten. Für die Altersversorgung wurden T€ 5.111 aufgewendet.

Die **Abschreibungen** werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Sie betreffen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens von T€44.838 und auf Sachanlagen von T€120.858. In den Abschreibungen sind Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert von T€33.343 und außerplanmäßige Abschreibungen von T€4.617, im Wesentlichen auf Grundstücke der LVB und SWL, enthalten. Das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG wurde mit T€334 abgeschrieben.

Die **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten insbesondere die Aufwendungen für Konzessionsabgaben (T€ 23.950), für Beratungs- und Prüfungsleistungen (T€ 11.484), für Werbung (T€ 8.907), für Wertberichtigungen und Ausbuchung von Forderungen (T€ 8.645), für sonstige Dienst- und EDV-Beratungsleistungen (T€ 7.799), für Mieten, Pachten und Leasingaufwendungen (T€ 7.108) sowie für die Aufwendungen aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (T€ 6.409). Darüber hinaus sind Versicherungsprämien, Gebühren und Beiträge sowie sonstige allgemeine Verwaltungsaufwendungen erfasst. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen von T€10.907 enthalten. Aus der nachträglichen Erfassung von Geschäftsvorfällen im Rahmen der Finanztransaktionen der KWL ergaben sich Aufwendungen von insgesamt T€23.867.

Die **Erträge aus Beteiligungen** betreffen die Ausschüttungen der VNG AG (T€3.723), der KBE (T€242), der Klaipedos (T€218), der EVIL (T€79), der *enviaM* (T€72) und der SWL-B (T€31) für das Vorjahr.

Im **Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen** wird das anteilige Jahresergebnis sowie andere erfolgswirksame Änderungen am anteiligen Eigenkapital der nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen berücksichtigt.

Die **Erträge aus Gewinnabführungsverträgen** enthalten den auf der Grundlage des geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages vereinnahmten Gewinn der WGC (T€108) für das Geschäftsjahr 2006.

Die **Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens** enthalten hauptsächlich Zinserträge für die Ausreichung von Darlehen.

Unter den **Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind hauptsächlich Zinserträge im Rahmen des Cash-Managementsystems und der laufenden Konten erfasst.

Unter den **Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens** werden im Wesentlichen Abschreibungen des Beteiligungsbuchwertes der Innvo KG (T€810) und der WABIO (T€313) ausgewiesen. Außerdem wurden Ausleihungen an die verbundenen Unternehmen WABIO (T€7.081) sowie CSC (T€19) und sonstige Wertpapiere der SWL (T€159) auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Die **Aufwendungen aus Verlustübernahme** berücksichtigen die zur Finanzierung des laufenden Betriebsaufwandes der MDV gezahlten Beträge der LVB von T€ 322.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** enthalten im Wesentlichen die Zinsaufwendungen für kurz- und langfristige Kapitalaufnahmen sowie für die Inanspruchnahme des Cash-Managementsystems.

Im **Außerordentlichen Ergebnis** wurde der Verlust von T€ 141 aus der Verschmelzung der EastLink GmbH auf die HLkomm zum 1. Januar 2006 berücksichtigt.

Unter den **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** werden unter Berücksichtigung geleisteter Vorauszahlungen Steuererstattungsansprüche ausgewiesen.

Die **Sonstigen Steuern** betreffen im Wesentlichen gezahlte Grund- und Kfz-Steuern.

7. Angaben zum Jahresergebnis

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2006 mit einem Konzernjahresfehlbetrag von T€ 43.300 ab. Unter Berücksichtigung des anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisses von T€ 4.631, des Konzernverlustvortrages von T€ 90.846 sowie Entnahmen aus der Kapitalrücklage von T€ 10.312 verbleibt ein Konzernbilanzverlust von T€ 128.465.

8. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zur Sicherung der Ansprüche der Stadt Leipzig von T€ 243.846 aus dem Darlehensvertrag zwischen der Stadt Leipzig und der LVV vom 13. November 1997 verpfändete die LVV ihre Geschäftsanteile an der KWL und der SWL an die Stadt Leipzig.

In der mit Datum vom 15. Dezember 2005 getroffenen Rahmenvereinbarung zum Cash-Management zwischen der LVB, SWL, KWL und der LVV ist die LVV als Betreibergesellschaft bestimmt. Der mit den Banken vereinbarte Gesamtverfügungsrahmen wird durch die gesamtschuldnerische Haftung der LVV, LVB, SWL und der KWL gesichert.

Es bestehen **Haftungsverhältnisse** gemäß § 251 HGB aufgrund grenzüberschreitender Leasinggeschäfte:

- Für die in Vorjahren von der LVB abgeschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäfte haben Kreditinstitute mit hohem A-Rating gegen Bareinzahlungen der US-amerikanischen Investoren von insgesamt T€ 210.723 den entsprechenden Teil der Zahlungsverpflichtung der LVB aus dem Leasinggeschäft übernommen (kumulative Schuldübernahme). Die LVB haftet für die Erfüllung dieser Verpflichtungen.
- Für das in 1998 abgeschlossene grenzüberschreitende Leasinggeschäft haftet die LVB zusätzlich für die Einlage des Eigenkapitaldepots bei der American International Group,

Incorporation, New York, USA, ein Unternehmen mit hohem A-Rating, in Höhe von T€ 10.201.

- Für das in 2002 abgeschlossene grenzüberschreitende Leasinggeschäft haftet die LVB zusätzlich für die Einlage des Eigenkapitaldepots bei der Deutschen Bank AG, ein Unternehmen mit hohem A-Rating, in Höhe von T€ 54.191.
- Für das in 2003 abgeschlossene grenzüberschreitende Leasinggeschäft haftet die LVB zusätzlich für die Einlage des Eigenkapitaldepots bei der Wilmington Trust Company, abgesichert durch die Einlage von US-amerikanischen Agency-Papieren mit einem AAA-Rating, in Höhe von T€ 3.804.
- Die LVB haftet für die künftigen Zahlungsverpflichtungen aus einem in 2005 mit der Skandinaviska Enskilda Banken AB (publ), Schweden, abgeschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäft mit einem Transaktionsvolumen von T€ 22.906. Die Zahlungsverpflichtungen sind durch den Kaufpreis gedeckt, der zu 17 % bei der Bank of Ireland, Dublin, hinterlegt ist. Ein weiterer Teil des Kaufpreises von 80 % ist beim Leasinggeber hinterlegt und wird an die LVB verpfändet.
- Für das in 2000 abgeschlossene grenzüberschreitende Leasinggeschäft der KWL betreffend die Kläranlagen Rosental, Lindenthal, Markkleeberg, Markranstadt und Taucha haben Kreditinstitute mit hohem A-Rating gegen Einzahlung von insgesamt USD 149.13 Mio. (Trust A) und USD 23.57 Mio. (Trust B) den entsprechenden Teil der Zahlungsverpflichtung betreffend Darlehen der KWL aus dem Leasinggeschäft übernommen (kumulative Schuldübernahme). Durch Einzahlung von USD 12.6 Mio. (Trust A) und USD 2.0 Mio. haben Kreditinstitute mit hohem A-Rating den entsprechenden Teil der Zahlungsverpflichtung betr. der Rückführung der Investoren-Eigenmittel übernommen. Die KWL haftet für die Erfüllung dieser Verpflichtungen.
- Für das in 2003 abgeschlossene grenzüberschreitende Leasinggeschäft der KWL betreffend die Trinkwasseranlagen hat ein Kreditinstitut mit hohem A-Rating gegen Einzahlung von € 310 Mio. den entsprechenden Teil der Zahlungsverpflichtung betr. Darlehen der KWL aus dem Leasinggeschäft übernommen. Seit Dezember 2006 beträgt diese Zahlungsverpflichtung noch € 76.6 Mio. Durch die Einzahlung von USD 61.16 Mio. hat ein Kreditinstitut mit hohem A-Rating den entsprechenden Teil der Zahlungsverpflichtung betreffend die Rückführung der Investoren-Eigenmittel übernommen. Die KWL haftet für die Erfüllung dieser Verpflichtungen.
- Zur Abdeckung der im Rahmen der Mietverträge vorgesehenen Zahlungen für die laufenden Mieten und den Kaufoptionspreis wurden Teile der vom Investor erhaltenen Mietvorauszahlungen in Deckungsgeschäfte investiert. Im Zusammenhang mit der Abwassertransaktion im Jahr 2000 hat die KWL eine Anleihe der Merrill Lynch Capital Services Inc. (ML) erworben. Im Rahmen der Trinkwassertransaktion im Jahr 2003 wurden von der Stadt zwei Deckungsgeschäfte inklusive dazugehöriger Erfüllungsübernahmevereinbarungen vorgenommen. Es wurden Anleihen der MBIA Global Funding LLC (MBIA) und der General Electric Credit Cooperation (GECC) erworben. Die MBIA und die GECC Anleihe wurde an Freshwater (2002) Ltd. veräußert, die die Zahlungen auf Grundlage von Erfüllungsübernahmeverträgen an den Trust als Vermieter zu leisten hat, soweit sie Zahlungen aus diesen Anleihen erhält. Grundsätzlich trägt die Stadt Leipzig das Ausfallrisiko dieser beiden Anleihen. Ein Risiko der KWL aus Freistellungsansprüchen der Stadt Leipzig ist jedoch nicht vollständig ausgeschlossen. Eine erste Sichtung der Vertragsunterlagen durch die Deutsche Bank als Con-

troller für die US-Leases deutet darauf hin, dass zum 31. Dezember 2006 keine Risiken aus den Geschäften zu erkennen waren.

- Entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen zu der in 2003 abgeschlossenen Cross-Border-Leasing-Transaktion hat die KWL für bestimmte Grundstücke beschränkt persönliche Dienstbarkeiten zugunsten des Trusts im Grundbuch eintragen lassen. Darüber hinaus übernimmt die Stadt Leipzig bestimmte Freistellungsverpflichtungen für Ansprüche gegen andere Transaktionsteilnehmer. Zu diesen Freistellungsverpflichtungen zählen Schadenersatzansprüche Dritter gegen den Trust im Zusammenhang mit dem Betrieb der Anlagen sowie steuerliche Risiken. Des Weiteren gehören zu diesen Verpflichtungen die Wartungs- und Versicherungspflicht sowie die Verpflichtung zu Umbaumaßnahmen aufgrund geltenden Rechts für die Anlagen gemäß Vertrag. Im Innenverhältnis hat die KWL die Stadt Leipzig von diesen Verpflichtungen freigestellt.
- Mit notarieller Urkunde vom 7. Mai 2004 (UR-Nr. 1872/2004/CM/JA des Notars Hans-Jörg Jarke, Leipzig) hat die KWL eine Buchgrundschuld mit Schuldversprechen in Höhe von T€7.200 auf das Grundstück Johannisgasse zugunsten der Stadt Leipzig zur dinglichen Absicherung von Verpflichtungen aus dem CBL bestellt. KWL verpflichtet sich danach zur Zahlung eines Betrages, dessen Höhe der Grundschuldsumme entspricht, und unterwirft sich gleichzeitig deswegen der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in ihr gesamtes Vermögen. Die Verjährungsfrist für Ansprüche auf Rückgewähr der gestellten Sicherheiten beträgt abweichend von § 196 BGB 30 Jahre.

Im Rahmen der geschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäfte haben sich die Unternehmen zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes und zur Durchführung entsprechender Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen über die Laufzeit der Verträge verpflichtet.

Die aus Sicht der KWL nichtigen CDO-Transaktionen haben ein Nominalvolumen von €230 Mio. und einen negativen Marktwert von €25 Mio. Die CDS-Geschäfte haben ein Nominalvolumen von €306 Mio. und einen positiven Marktwert von €0,1 Mio.

Daneben besteht eine im Rahmen des UK-Leases übernommene Kreditsicherung mit einem Nominalvolumen von €205 Mio. und einem positiven Marktwert von €3 Mio.

Die Schätzung der Marktwerte erfolgte auf Basis adjustierter Ausfallraten.

Es bestehen Optionen über Andienungs- und Vorkaufsrechte von T€60.040 gegenüber beteiligten Unternehmen. Weiterhin bestehen Verpflichtungen zur Leistung von Kommanditeinlagen von T€3.219.

Die Höhe der erklärten Bankbürgschaften sowie der selbstschuldnerischen Bürgschaften für Verbindlichkeiten des Konzerns beträgt T€4.328. Darüber hinaus bestehen Avale aus Gewährleistungsbürgschaften in Höhe von T€155. Zur Absicherung der Gewährleistungsbürgschaften hat die LSI Termingelder über T€23 verpfändet.

Zum 31. Dezember 2006 bestehen zwei Patronatserklärungen gegenüber Kreditinstituten zur Absicherung von Verbindlichkeiten beteiligter Unternehmen über T€ 29.067. Gegenüber dem Auftraggeber eines konsolidierten verbundenen Unternehmens wurde durch die SWL eine Erfüllungsbürgschaft von T€ 2.470 begeben.

Bei der LAS bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen von T€ 4, die nicht passiviert wurden.

Weiterhin bestanden im Konzern sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasing- und Leistungsverträgen in Höhe von T€ 138.695. Verpflichtungen aus operativen Leasingverhältnissen bestanden in Höhe von T€ 59.317. Das Bestellobligo beläuft sich auf T€ 41.224. Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen bestehen T€ 27.289 gegen nicht konsolidierte verbundene Unternehmen.

Die Unternehmen des LVV-Konzerns haben im Geschäftsjahr 2006 Zahlungen an die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen, Dresden, in Höhe von 1,2 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Beschäftigten geleistet. Die umlagepflichtigen Personalaufwendungen betragen 2006 T€ 38.704. Davon wurden bis zum 30. Juni 2006 0,4 % von den jeweiligen Unternehmen und 0,8 % von den Arbeitnehmern sowie ab 1. Juli 2006 0,1 % von den jeweiligen Unternehmen und 1,1 % von den Arbeitnehmern getragen. Ab 1. Januar 2007 haben die jeweiligen Unternehmen die Umlage von 1,2 % in voller Höhe zu leisten. Aufgrund des Finanzierungsverfahrens der Kasse bestehen derzeit Deckungslücken, die durch künftige Umlagen ausgeglichen werden sollen. Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen vom 7. Mai 2002 haben die Unternehmen zur Absicherung der Versorgungsverpflichtungen ab dem Jahr 2003 bis 2014 über die bisherigen Umlagen hinaus steuerfreie Beträge in Höhe von 4 %, bemessen am zusatzversorgungspflichtigen Entgelt, zu entrichten. Ab 1. Januar 2007 werden davon nur noch 2,9 % durch die jeweiligen Unternehmen und der Rest von 1,1 % durch die Arbeitnehmer getragen.

Die finanziellen Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen musste die KWL am 1. Juli 2004 lt. Insolvenzschutzgesetz mit einer Bankbürgschaft über T€ 1.800 absichern.

9. Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken für bestehende Darlehen wurden von den Unternehmen im LVV-Konzern Zinsderivate abgeschlossen. Währungsrisiken für in Fremdwährung bestehende Vermögenswerte und Schulden wurden durch Devisenderivate abgesichert. Der Absicherung von Preisrisiken aus Energielieferverträgen dienen Commodity-Derivate in Form von Optionen, Forwards und Futures.

	Nominal- volumen	Beizulegender Zeitwert
	T€	T€
Zinsderivate		
Zinsswaps	695.606	-34.279
Zinsoptionen	440.000	1.487
Devisenderivate		
Devisentermingeschäfte	1.290	1.102
Währungsswaps	92.050	-12.809
Commodity-Derivate		
Commodity-Optionen	1.332	174
Commodity-Termingeschäfte	2.182.759	66.915

Das Nominalvolumen entspricht der Summe aller den derivativen Finanzgeschäften zugrunde liegenden Kapitalbeträge.

Die angegebenen beizulegenden Zeitwerte der Finanzderivate entsprechen jeweils dem Preis, zum dem ein unabhängiger Dritter die Rechte und/oder Pflichten aus diesem Derivatinstrument übernehmen würde. Die Zeitwerte der Derivate werden anhand allgemein anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Zinsswaps erfolgt auf Basis erwarteter Cashflows (Barwert-Modell). Dabei kommen die für die Restlaufzeit geltenden Marktzinssätze zur Anwendung. Negative Marktwerte der eingesetzten Zinsswaps werden, wie Barwertverschlechterungen der abgesicherten Grundgeschäfte, nicht bilanziell berücksichtigt. Die laufenden Zinszahlungen werden erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Die Zeitwerte der Zinsoptionen werden mittels anerkannter Optionspreismodelle (Black-Scholes) bestimmt. Die unter den Zinsoptionen ausgewiesenen Caps und Swaptions werden als sonstige Vermögensgegenstände im Zeitpunkt des Erwerbs mit ihren Anschaffungskosten in Höhe der zu leistenden Optionsprämie aktiviert. Der aktivierte Cap ist über die Laufzeit linear abzuschreiben. Sofern die Prämienzahlungen pro rata temporis erfolgen, sind die offenen Zahlungen separat als sonstige Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen und nicht in den Zeitwert eingeflossen.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte sowie der Cross Currency Swaps erfolgt auf Basis der Währungskurse zum Bilanzstichtag sowie unter Berücksichtigung der Terminauf- bzw. -abschläge. Zum 31. Dezember waren keine schwebenden Devisentermingeschäfte im Bestand. Der ausgewiesene Cross Currency Swap bildet eine Bewertungseinheit mit dem US-Schuldscheindarlehen, da dieser ausschließlich zur fristenkongruenten Absicherung der US-Dollar-Verbindlichkeiten dient. Eine vorzeitige Auflösung des Cross Currency Swap ist nicht vorgesehen.

Die Zeitwertermittlung der Commodity-Derivate erfolgt am Stichtag zu Marktpreisen basierend auf externen anerkannten Quellen, wie den amtlichen Schlusskursen der EEX. Die bilanzielle Bewertung für Optionen und Termingeschäfte wird zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Zeitwerten vorgenommen.

Siehe auch die Erläuterungen zu CDO- und CDS-Geschäften unter den Haftungsverhältnissen.

10. Angaben zu den Organen der LVV

Der **Geschäftsführung** gehören an:

Herr Dr. Hans-Joachim Klein, Vorsitzender der Geschäftsführung, Arbeitsdirektor
(bis 31. März 2008),

Herr Josef Rahmen, Vorsitzender der Geschäftsführung, Arbeitsdirektor (ab 1. April 2008)

Herr Wilhelm Georg Hanss (bis 30. April 2007),

Herr Dr. Andreas Schirmer (bis 26. März 2007),

Herr Wolfgang Wille (bis 30. April 2007),

Herr Volker Auerhammer (ab 1. Mai 2007 bis 31. März 2008),

Herr Michael M. Theis (ab 1. Mai 2007 bis 31. März 2008),

Herr Detlev Kruse (ab 1. April 2008).

Für die Tätigkeit in den Konzernunternehmen erhielten die Geschäftsführer Bezüge von T€ 965.

Aufsichtsratsmitglieder waren im Geschäftsjahr:

Burkhard Jung Vorsitzender (ab 29. März 2006)	Oberbürgermeister (ab 29. März 2006); Bürgermeister und Beigeordneter für Jugend, Schule und Sport (bis 29. März 2006)	Stadt Leipzig
Andreas Müller Vorsitzender (bis 29. März 2006)	Beigeordneter für Allgemeine Verwaltung; amtierender Oberbürgermeister (bis 29. März 2006)	Stadt Leipzig
Bernhard Krabiell stellvertretender Vorsitzender	Geschäftsführer ver.di	Gewerkschaftsvertreter ver.di
Alexander Achminow	Verlagsgeschäftsführer	Stadt Leipzig CDU-Fraktion
Uwe Albrecht (ab 13. Dezember 2006)	Bürgermeister und Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit	Stadt Leipzig
Torsten Bonew	Prokurist Dresdner Bank	Stadt Leipzig CDU-Fraktion
Uwe Bruchmüller	Bezirksleiter der IG Bergbau, Chemie, Energie	Gewerkschaftsvertreter IG Bergbau, Chemie, Energie
Reiner Engelmann	Förderschullehrer	Stadt Leipzig PDS-Fraktion
Matthias Geidel	Betriebsratsvorsitzender	KWL
William Grosser	Teamleiter KWL	Stadt Leipzig PDS-Fraktion
Rainer Hartmann	Meister Elektrotechnik	SWL
Bernd Hoffmann	Personalleiter	IFTEC
Matthias Irmscher	Bereichsleiter Personal	LSVB
Bettina Kudla	Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen	Stadt Leipzig
Wolfram Leuze	Jurist im Ruhestand	Stadt Leipzig Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Peter Lintzel	Geschäftsbereichsleiter Energiebeschaffung	SWL
Uwe Lübeck	Meister Elektrotechnik	SWL
Claudia Neubert	Mitarbeiterin Tarifgestaltung und Marktforschung	LVB
Heiko Oßwald	Finanzbeamter	Stadt Leipzig SPD-Fraktion
Detlef Schubert (bis 13. Dezember 2006)	Staatssekretär im Wirtschafts- ministerium Sachsen-Anhalt (ab 1. Mai 2006); Bürgermeister und Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit (bis 12. Juni 2006);	Stadt Leipzig
Manfred Tigges	Fachbereichsleiter Verkehr, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di	Gewerkschaftsvertreter ver.di
René Wiesner	Grundschulleiter	Stadt Leipzig FDP/Bürgerfraktion

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2006 Vergütungen von T€ 26.

11. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB)

Im Jahresdurchschnitt waren 2.450 Gehaltsempfänger und 2.257 Lohnempfänger in den in den Konzernabschluss nach den Grundsätzen über die Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH beschäftigt.

Leipzig, den 11. Juni 2007/7. Juni 2010

LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten									
	01.01.2006	Zugänge aus Erstkonsoli- dierung	Währungs- differenz	Zugänge	Umbu- chungen	Umglieder- ungen	Verände- rungen aus der Equity- Bewer- tung	Abgänge	Abgänge aus Entkonsoli- dierung	31.12.2006
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	91.686.827,17	1.302,12	8.284,06	4.217.861,81	2.131.893,70	0,00	0,00	273.784,06	301.000,00	97.471.384,80
2. Geschäfts- oder Firmenwert	149.237.055,52	0,00	0,00	18.180.892,54	0,00	0,00	0,00	0,00	764.074,93	166.653.873,13
3. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	497.845,07	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	497.845,07
	240.923.882,69	1.302,12	8.284,06	22.896.599,42	2.131.893,70	0,00	0,00	273.784,06	1.065.074,93	264.623.103,00
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	423.201.753,36	160.290,77	987.390,26	15.708.964,15	18.368.565,14	0,00	0,00	23.740.057,51	932.178,19	433.754.727,98
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.512.334.107,90	254.474.281,32	304.558,54	75.838.220,08	63.768.919,56	1.176.752,86	0,00	51.463.110,68	0,00	2.856.433.729,58
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	93.479.380,98	336.002,73	72.415,65	6.862.989,16	1.974.998,88	-1.176.752,86	0,00	7.181.156,03	0,00	94.367.878,51
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	204.419.463,91	0,00	16.702,89	72.400.710,95	-86.244.377,28	0,00	0,00	25.698.647,04	3.647.706,23	161.246.147,20
	3.233.434.706,15	254.970.574,82	1.381.067,34	170.810.884,34	-2.131.893,70	0,00	0,00	108.082.971,26	4.579.884,42	3.545.802.483,27
III. Finanzanlagen										
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.307.292,03	0,00	10.534,38	1.149.179,39	-355.250,00	0,00	0,00	561.760,03	0,00	12.549.995,77
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	731.002,43	0,00	0,00	13.391.521,35	0,00	0,00	0,00	256.000,00	0,00	13.866.523,78
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	76.646.335,93	0,00	0,00	0,00	355.250,00	0,00	51.084,57	447.308,75	0,00	76.605.361,75
4. Beteiligungen	95.721.001,30	0,00	695,59	1.125.065,65	0,00	0,00	0,00	2.655.509,77	0,00	94.191.252,77
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	272.032,54	0,00	0,00	100.020,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	372.052,69
6. Sonstige Ausleihungen	60.869.466,30	0,00	0,00	445.540,92	0,00	0,00	0,00	57.086.820,08	0,00	4.228.187,14
	246.547.130,53	0,00	11.229,97	16.211.327,46	0,00	0,00	51.084,57	61.007.398,63	0,00	201.813.373,90
	3.720.905.719,37	254.971.876,94	1.400.581,37	209.918.811,22	0,00	0,00	51.084,57	169.364.153,95	5.644.959,35	4.012.238.960,17

Abschreibungen										Buchwerte	
01.01.2006	Zugänge aus Erstkonsoli- dierung	Währungs- differenz	Zugänge	Zuschreib- ungen	Umbu- chungen	Umglie- derungen	Abgänge	Abgänge aus Entkonsoli- dierung	31.12.2006	31.12.2006	31.12.2005
€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
51.770.151,85	1.302,12	6.506,50	11.495.078,46	0,00	0,00	0,00	271.364,56	301.000,00	62.700.674,37	34.770.710,43	39.916.675,32
110.563.768,58	0,00	0,00	33.343.117,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	143.906.885,84	22.746.987,29	38.673.286,94
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	497.845,07	0,00
162.333.920,43	1.302,12	6.506,50	44.838.195,72	0,00	0,00	0,00	271.364,56	301.000,00	206.607.560,21	58.015.542,79	78.589.962,26
171.418.649,09	31.818,77	586.109,00	15.864.996,11	0,00	0,00	-22.322,11	5.109.365,96	0,00	182.769.884,90	250.984.843,08	251.783.104,27
1.166.213.375,88	83.285.423,29	235.936,77	96.894.694,57	0,00	81.970,87	987.694,97	44.383.986,61	0,00	1.303.315.109,74	1.553.118.619,84	1.346.120.732,02
73.540.249,15	305.968,81	41.370,88	7.939.881,06	296,00	-33.671,83	-965.372,86	6.655.355,36	0,00	74.173.365,85	20.194.512,66	19.939.131,83
22.440.207,67	0,00	6.933,93	158.115,48	0,00	-48.299,04	0,00	11.538,29	0,00	22.545.419,75	138.700.727,45	181.979.256,24
1.433.612.481,79	83.623.210,87	870.350,58	120.857.687,22	296,00	0,00	0,00	56.160.246,22	0,00	1.582.803.780,24	1.962.998.703,03	1.799.822.224,36
6.064.460,59	0,00	0,00	1.123.290,00	0,00	0,00	0,00	49.187,06	0,00	7.138.563,53	5.411.432,24	6.242.831,44
317.001,43	0,00	0,00	7.081.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.398.001,43	6.468.522,35	414.001,00
71.580.863,37	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	71.580.863,37	5.024.498,38	5.065.472,56
421.796,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.143,83	0,00	419.653,00	93.771.599,77	95.299.204,47
272.032,54	0,00	0,00	19.020,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	291.052,69	81.000,00	0,00
133.435,63	0,00	0,00	0,00	2.691,11	0,00	0,00	0,00	0,00	130.744,52	4.097.442,62	60.736.030,67
78.789.590,39	0,00	0,00	8.223.310,15	2.691,11	0,00	0,00	51.330,89	0,00	86.958.878,54	114.854.495,36	167.757.540,14
1.674.735.992,61	83.624.512,99	876.857,08	173.919.193,09	2.395,11	0,00	0,00	56.482.941,67	301.000,00	1.876.370.218,99	2.135.868.741,18	2.046.169.726,76

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Diese Bestätigung erteilen wir aufgrund unserer pflichtgemäßen, am 18. Juni 2007 abgeschlossenen Konzernabschlussprüfung und unserer Nachtragsprüfung, die sich auf die Änderung der Konzernabschlussposten "sonstige Vermögensgegenstände", "sonstige Wertpapiere", "Guthaben bei Kreditinstituten", "Rechnungsabgrenzungsposten", "Kapitalrücklage", "Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter", "Steuerrückstellungen", "Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen", "sonstige Verbindlichkeiten", "sonstige betriebliche Erträge", "sonstige betriebliche Aufwendungen", "Steuern vom Einkommen und vom Ertrag", "anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis", "Entnahmen aus der Kapitalrücklage", der Kapitalflussrechnung und des Eigenkapitalspiegels sowie der diesbezüglichen Angaben im Konzernanhang und Konzernlagebericht bezog. Auf die Begründung der Änderung durch die Gesellschaft im Abschnitt "1. Grundlagen" zum geänderten Konzernanhang und den Vorbemerkungen zum geänderten Konzernlagebericht wird verwiesen. Die Nachtragsprüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Leipzig, den 18. Juni 2007/7. Juni 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rainer Altvater
Wirtschaftsprüfer

ppa. Thomas Schmechel
Wirtschaftsprüfer